

T1

Antrag

Initiator*innen: Landesvorstand (beschlossen am: 01.02.2022)

Titel: Tagesordnung

Antragstext

1 *Beginn 10:00 Uhr*

2 TOP 1 Eröffnung, Festsetzung der Tagesordnung und Formalia

3 TOP 2 Grußworte

4 TOP 3 Politische Reden und Aussprache

5 TOP 4 Anträge

6 TOP 5 Verschiedenes

7 *Ende gegen 13:00 Uhr*

Antrag

Initiator*innen: LFG MobiBau (beschlossen am: 02.03.2022)

Titel: **ÖPNV im ländlichen Raum stärken – Das Ziel ist stündliche Erreichbarkeit Landesplanerische Vorgaben schaffen**

Antragstext

8 **Wir beauftragen unsere Landtagsfraktion, alles Mögliche zu tun, um das Ziel des**
9 **grünen Sachsen-Anhalt-Taktes zu erreichen.**

10 Der Nahverkehr im ländlichen Raum ist in Sachsen-Anhalt deutlich
11 ausbaunotwendig. Um die grüne Zielstellung Realität werden zu lassen, dass
12 ganztägig jeder Ort über 1.000 Einwohner stündlich durch ein öffentliches
13 Nahverkehrsangebot erreichbar, kleinere Ortschaften alle zwei Stunden und auch
14 die SPNV Verbindungen regelhaft stündlich verkehren – der GRÜNE Sachsen-Anhalt-
15 Takt - muss sich noch viel entwickeln^[1]. Ebenso für das Ziel eines integrierten
16 Taktfahrplans mit der Abstimmung des Fern- und Nahverkehrs auf die
17 Nahverkehrsangebote vor Ort. Uns ist die Herausforderung bewusst, vor dem
18 Hintergrund der angespannten Haushaltslage durch fehlgeleitete Investitionen,
19 zusätzlichen Ausgaben durch die Coronapandemie und durch die Anforderungen der
20 Schuldenbremse. Aber gerade dann darf es nicht sein, dass Mittel des Nahverkehrs
21 zweckentfremdet werden oder Bundesmittel ungenutzt bleiben. Die Zweckentfremdung
22 der Bundesmittel zur Förderung von ÖPNV und SPNV zur Finanzierung des
23 Schülerverkehrs muss endlich ein Ende haben. Damit gehen dem Nahverkehr im Land
24 jährlich 31 Mio. Euro verloren. Erfolgt hier keine Kursänderung steuern wir
25 unter den gegenwärtigen Verhältnissen auf eine immense Finanzierungslücke zu.

26 Mit Blick auf die kommenden Jahre zeigt sich aber eben auch: nie waren die
27 Zeiten so günstig für eine langfristige ÖPNV-Offensive. Die neue rot-grün-gelbe
28 Bundesregierung will zusätzlich zu der seit 2020 verankerten Dynamisierung von
29 1,8 % die Regionalisierungsmittel zur Förderung des ÖPNV und SPNV deutlich

30 erhöhen Auch die Mittel des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes werden im
31 Rahmen des Klimaschutzprogramms 2030 ab 2025 von insgesamt 1 Milliarde Euro auf
32 2 Milliarden Euro anwachsen. Diese Gelder sind im Land insbesondere für die neu
33 eingeführten Fördertatbestände zur Streckenaktivierung, -ausbau und zur
34 Elektrifizierung zu nutzen. In der Vergangenheit setzte Sachsen-Anhalt den Fokus
35 auf investive Großvorhaben im städtischen Raum mit der „Stadtbahn Halle 2025“
36 und der zweiten Nord-Süd-Verbindung in Magdeburg. Das war richtig, aber künftig
37 müssen die ländlichen Räume im Fokus stehen. Dem sprichwörtlichen Narrativ des
38 Abgehängtseins der ländlichen Räume kann so etwas Zukunftsfestes entgegengesetzt
39 werden. Menschen fühlen sich ernstgenommen, ländliche Gemeinden werden
40 attraktiver, auch für junge Menschen und Familien.

41 Um ländliche Räume wieder anzukoppeln, braucht es Vorlauf auf Landesebene. Im
42 Rahmen einer qualitativen Diskussion über den Landesnahverkehrsplan mit
43 Akteur*innen der ländlichen Räume sollen Kriterien für eine neue
44 Erschließungsqualität der ländlichen Räume erreicht werden. Immer mit dem Ziel,
45 die stündliche Erreichbarkeit zu gewährleisten. Dazu müssen unterschiedliche
46 Verkehrsträger wie Busse und Bahnen vernetzter und flexibler gedacht werden. Das
47 neue Personenbeförderungsgesetz eröffnet neue Spielräume für flexible
48 Bedienformen im ÖPNV. Hier ist das Land gehalten im Austausch mit den Kommunen
49 konkrete Umsetzungsmodelle zu entwickeln und auf Landesebene ideell und
50 finanziell zu unterstützen. Das in der Aufgabenträgerschaft des Landes
51 befindliche Landesnetz soll auf alle Grundzentren ausgebaut werden. Neue Ansätze
52 sind auch im Bereich des kombinierten Personen- und Güterverkehrs sinnvoll.
53 Entsprechende Projekte wie Kombibus aus Brandenburg sind im Land auf ihre
54 Anwendbarkeit hin zu überprüfen, um gerade die Erschließung peripherer Gebiete
55 zu stärken. Und auch ein besserer Umstieg vom Auto oder hin zum Rad sind
56 notwendig zu gewährleisten. Das kann gut über multifunktionale
57 Mobilitätsschnittstellen geschehen. Der Passus im Koalitionsvertrag der
58 aktuellen Landesregierung zum Nahverkehr strebt zwar allgemeine Verbesserungen
59 an, bleibt in seinen Zielen aber sehr vage. Mit unserem GRÜNEN Sachsen-Anhalt-
60 Takt und dem umfassenden Ziel den Umweltverbund – Rad- und Fußverkehr sowie ÖPNV
61 – auf über 50% am Modal Split zu heben, setzen wir dem klare und überprüfbare
62 mobilitätspolitische Meilensteine entgegen.

63 Dabei ist der Schienenverkehr ein wesentlicher Teil des dekarbonisierten
64 öffentlichen Verkehrs, daher setzen wir uns insbesondere für die
65 Elektrifizierung und den Ausbau auf höhere Geschwindigkeiten von Strecken ein.
66 Strecken, auf denen der Personenverkehr abbestellt wurde, dürfen nicht
67 stillgelegt oder entwidmet werden, sodass kommenden Generationen die Möglichkeit
68 zur Reaktivierung erhalten bleibt. Zudem müssen dringend auch landkreis- und
69 landesgrenzenüberschreitende Verbindungen ermöglicht werden. Hier muss dringend
70 das Steuer herumgerissen werden. Busverkehre sind fast ausschließlich auf das
71 nächste Grund- oder Mittelzentrum ausgerichtet, wohingegen die Fahrt in den

72 Nachbarkreis häufig sehr schwierig ist. Entsprechend haben wir hierzulande einen
73 massiven Nachholbedarf in Sachen Reaktivierung und Ausbau des Angebots. Dabei
74 gilt für uns das Credo: Angebot schafft Nachfrage. Prüfungen zur
75 Wirtschaftlichkeit von Strecken dürfen nicht am Status Quo und kurzfristigen
76 Zeithorizonten gemessen werden. Vielmehr gilt es ein qualitativ hochwertiges
77 Nahverkehrsangebot zu schaffen und genügend Zeit einzuplanen, bis dieses
78 etabliert ist. Der Umstieg auf andere Verkehrsmittel ist ein Prozess, der nicht
79 massenhaft von heute auf morgen erfolgt. Bis Menschen ihre
80 Mobilitätsgewohnheiten ändern und beispielsweise das Auto stehen lassen und
81 dafür den Bus nehmen, kann einige Zeit vergehen. Ist mithin sogar eine
82 Generationenfrage. Daher ist die Schaffung eines attraktiven Nahverkehrsangebots
83 nachhaltig und konsequent zu betreiben. Es ist ein Zielnetz für die
84 Zeithorizonte 2030, 2040 und 2050 zu entwickeln. Dafür ist über
85 Legislaturperioden hinaus zu denken. Entsprechend braucht es eine
86 Mobilitätspolitik mit langem Atem. Diese Ausdauer gilt es auf Landesebene zu
87 entwickeln und durch klare Zielstellungen in den entsprechenden Gesetzen zu
88 normieren.

89 Aktuelle Handlungsoptionen liegen in einer Novellierung des
90 Landesnahverkehrsplanes und in der Schaffung von Grundlagen im Rahmen der
91 Neuaufstellung des Landesentwicklungsgesetzes, diese gilt es konsequent zu
92 nutzen, um den Umweltverbund in Gänze und insbesondere den Nahverkehr als
93 Rückgrat der Mobilitätswende zu stärken

94 [\[1\]](#) SPNV Verbindungen, die noch keinen Stundentakt realisieren sind bspw.:

95 - RB47/48 Halle- Könnern- Bernburg- Calbe(- Magdeburg)

96 - S9 Halle- Eilenburg

97 - RB-Halte zwischen Stendal- Salzwedel (RB32)

98 - RB-Halte zwischen Schönebeck- Staßfurt- Güsten (RB41)

99 - alle Halte zwischen Güsten- Hettstedt- Sangerhausen (RE10)

100 - einzelne Halte zwischen Könnern- Aschersleben- Halberstadt (RE4/24, RB44)

Unterstützer*innen

Stefan Schweigel (KV Jerichower Land), Katrin Kanus-Sieber (KV Harz), Jens Kiebjieß

(KV Harz), Hans Geske (KV Halle), Lysann Papenroth (KV Anhalt-Bitterfeld)

Antrag

Initiator*innen: Landesdelegiertenrat (beschlossen am: 19.03.2022)

Titel: **ÖPNV im ländlichen Raum stärken – Das Ziel ist stündliche Erreichbarkeit Landesplanerische Vorgaben schaffen**

Antragstext

101 **Wir beauftragen unsere Landtagsfraktion, alles Mögliche zu tun, um das Ziel des**
102 **grünen Sachsen-Anhalt-Taktes zu erreichen.**

103 Der Nahverkehr im ländlichen Raum ist in Sachsen-Anhalt deutlich
104 ausbaunotwendig. Um die grüne Zielstellung Realität werden zu lassen, dass
105 ganztägig jeder Ort über 1.000 Einwohner stündlich durch ein öffentliches
106 Nahverkehrsangebot erreichbar, kleinere Ortschaften alle zwei Stunden und auch
107 die SPNV Verbindungen regelhaft stündlich verkehren – der GRÜNE Sachsen-Anhalt-
108 Takt - muss sich noch viel entwickeln^[1]. Ebenso für das Ziel eines integrierten
109 Taktfahrplans mit der Abstimmung des Fern- und Nahverkehrs auf die
110 Nahverkehrsangebote vor Ort. Uns ist die Herausforderung bewusst, vor dem
111 Hintergrund der angespannten Haushaltslage durch fehlgeleitete Investitionen,
112 zusätzlichen Ausgaben durch die Coronapandemie und durch die Anforderungen der
113 Schuldenbremse. Aber gerade dann darf es nicht sein, dass Mittel des Nahverkehrs
114 zweckentfremdet werden oder Bundesmittel ungenutzt bleiben. Die Zweckentfremdung
115 der Bundesmittel zur Förderung von ÖPNV und SPNV zur Finanzierung des
116 Schülerverkehrs muss endlich ein Ende haben. Damit gehen dem Nahverkehr im Land
117 jährlich 31 Mio. Euro verloren. Erfolgt hier keine Kursänderung steuern wir
118 unter den gegenwärtigen Verhältnissen auf eine immense Finanzierungslücke zu.

119 Mit Blick auf die kommenden Jahre zeigt sich aber eben auch: nie waren die
120 Zeiten so günstig für eine langfristige ÖPNV-Offensive. Die neue rot-grün-gelbe
121 Bundesregierung will zusätzlich zu der seit 2020 verankerten Dynamisierung von
122 1,8 % die Regionalisierungsmittel zur Förderung des ÖPNV und SPNV deutlich

123 erhöhen Auch die Mittel des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes werden im
124 Rahmen des Klimaschutzprogramms 2030 ab 2025 von insgesamt 1 Milliarde Euro auf
125 2 Milliarden Euro anwachsen. Diese Gelder sind im Land insbesondere für die neu
126 eingeführten Fördertatbestände zur Streckenaktivierung, -ausbau und zur
127 Elektrifizierung zu nutzen. In der Vergangenheit setzte Sachsen-Anhalt den Fokus
128 auf investive Großvorhaben im städtischen Raum mit der „Stadtbahn Halle 2025“
129 und der zweiten Nord-Süd-Verbindung in Magdeburg. Das war richtig, aber künftig
130 müssen die ländlichen Räume im Fokus stehen. Dem sprichwörtlichen Narrativ des
131 Abgehängtseins der ländlichen Räume kann so etwas Zukunftsfestes entgegengesetzt
132 werden. Menschen fühlen sich ernstgenommen, ländliche Gemeinden werden
133 attraktiver, auch für junge Menschen und Familien.

134 Um ländliche Räume wieder anzukoppeln, braucht es Vorlauf auf Landesebene. Im
135 Rahmen einer qualitativen Diskussion über den Landesnahverkehrsplan mit
136 Akteur*innen der ländlichen Räume sollen Kriterien für eine neue
137 Erschließungsqualität der ländlichen Räume erreicht werden. Immer mit dem Ziel,
138 die stündliche Erreichbarkeit zu gewährleisten. Dazu müssen unterschiedliche
139 Verkehrsträger wie Busse und Bahnen vernetzter und flexibler gedacht werden. Das
140 neue Personenbeförderungsgesetz eröffnet neue Spielräume für flexible
141 Bedienformen im ÖPNV. Hier ist das Land gehalten im Austausch mit den Kommunen
142 konkrete Umsetzungsmodelle zu entwickeln und auf Landesebene ideell und
143 finanziell zu unterstützen. Das in der Aufgabenträgerschaft des Landes
144 befindliche Landesnetz soll auf alle Grundzentren ausgebaut werden. Neue Ansätze
145 sind auch im Bereich des kombinierten Personen- und Güterverkehrs sinnvoll.
146 Entsprechende Projekte wie Kombibus aus Brandenburg sind im Land auf ihre
147 Anwendbarkeit hin zu überprüfen, um gerade die Erschließung peripherer Gebiete
148 zu stärken. Und auch ein besserer Umstieg vom Auto oder hin zum Rad sind
149 notwendig zu gewährleisten. Das kann gut über multifunktionale
150 Mobilitätsschnittstellen geschehen. Der Passus im Koalitionsvertrag der
151 aktuellen Landesregierung zum Nahverkehr strebt zwar allgemeine Verbesserungen
152 an, bleibt in seinen Zielen aber sehr vage. Mit unserem GRÜNEN Sachsen-Anhalt-
153 Takt und dem umfassenden Ziel den Umweltverbund – Rad- und Fußverkehr sowie ÖPNV
154 – auf über 50% am Modal Split zu heben, setzen wir dem klare und überprüfbare
155 mobilitätspolitische Meilensteine entgegen.

156 Dabei ist der Schienenverkehr ein wesentlicher Teil des dekarbonisierten
157 öffentlichen Verkehrs, daher setzen wir uns insbesondere für die
158 Elektrifizierung und den Ausbau auf höhere Geschwindigkeiten von Strecken ein.
159 Strecken, auf denen der Personenverkehr abbestellt wurde, dürfen nicht
160 stillgelegt oder entwidmet werden, sodass kommenden Generationen die Möglichkeit
161 zur Reaktivierung erhalten bleibt. Zudem müssen dringend auch landkreis- und
162 landesgrenzenüberschreitende Verbindungen ermöglicht werden. Hier muss dringend
163 das Steuer herumgerissen werden. Busverkehre sind fast ausschließlich auf das
164 nächste Grund- oder Mittelzentrum ausgerichtet, wohingegen die Fahrt in den

165 Nachbarkreis häufig sehr schwierig ist. Entsprechend haben wir hierzulande einen
166 massiven Nachholbedarf in Sachen Reaktivierung und Ausbau des Angebots. Dabei
167 gilt für uns das Credo: Angebot schafft Nachfrage. Prüfungen zur
168 Wirtschaftlichkeit von Strecken dürfen nicht am Status Quo und kurzfristigen
169 Zeithorizonten gemessen werden. Vielmehr gilt es ein qualitativ hochwertiges
170 Nahverkehrsangebot zu schaffen und genügend Zeit einzuplanen, bis dieses
171 etabliert ist. Der Umstieg auf andere Verkehrsmittel ist ein Prozess, der nicht
172 massenhaft von heute auf morgen erfolgt. Bis Menschen ihre
173 Mobilitätsgewohnheiten ändern und beispielsweise das Auto stehen lassen und
174 dafür den Bus nehmen, kann einige Zeit vergehen. Ist mithin sogar eine
175 Generationenfrage. Daher ist die Schaffung eines attraktiven Nahverkehrsangebots
176 nachhaltig und konsequent zu betreiben. Es ist ein Zielnetz für die
177 Zeithorizonte 2030, 2040 und 2050 zu entwickeln. Dafür ist über
178 Legislaturperioden hinaus zu denken. Entsprechend braucht es eine
179 Mobilitätspolitik mit langem Atem. Diese Ausdauer gilt es auf Landesebene zu
180 entwickeln und durch klare Zielstellungen in den entsprechenden Gesetzen zu
181 normieren.

182 Aktuelle Handlungsoptionen liegen in einer Novellierung des
183 Landesnahverkehrsplanes und in der Schaffung von Grundlagen im Rahmen der
184 Neuaufstellung des Landesentwicklungsgesetzes, diese gilt es konsequent zu
185 nutzen, um den Umweltverbund in Gänze und insbesondere den Nahverkehr als
186 Rückgrat der Mobilitätswende zu stärken

187 [\[1\]](#) SPNV Verbindungen, die noch keinen Stundentakt realisieren sind bspw.:

188 - RB47/48 Halle- Könnern- Bernburg- Calbe(- Magdeburg)

189 - S9 Halle- Eilenburg

190 - RB-Halte zwischen Stendal- Salzwedel (RB32)

191 - RB-Halte zwischen Schönebeck- Staßfurt- Güsten (RB41)

192 - alle Halte zwischen Güsten- Hettstedt- Sangerhausen (RE10)

193 - einzelne Halte zwischen Könnern- Aschersleben- Halberstadt (RE4/24, RB44)

A2

Antrag

Initiator*innen: Conny Lüddemann (KV Dessau-Roßlau)

Titel: **Demokratie erleben - Ortschaftsräten
Gestaltung ermöglichen**

Antragstext

101 Demokratie erleben - Ortschaftsräten Gestaltung ermöglichen

102 Demokratie heißt, dass sich jede und jeder in seinem Umfeld einbringen und es
103 mitgestalten kann. In Sachsen-Anhalt ist das in vielfältiger Form möglich. Im
104 kommunalpolitischen Bereich bietet sich die Mitarbeit in Ortschaftsräten an. In
105 den vergangenen Jahren sind durch die Gemeindegebietsform immer mehr funktionale
106 Entscheidungen, besonders auch über Mittel, an höhere Ebenen wie den Stadt- oder
107 Gemeinderat verlagert worden.

108 Für örtliche Aktivitäten fehlt das Geld. Wir Grüne wollen über Änderung der
109 Kommunalverfassung und des Finanzausgleichs für die Kommunen erreichen, dass die
110 unterste Ebene der kommunalpolitischen Struktur, also die Ortschaftsräte, eigene
111 Budgets erhalten. Die Mitarbeit in diesen Gremien wäre deutlich attraktiver,
112 wenn die Mitarbeitenden nicht nur Ideen entwickeln, sondern sie auch direkt
113 umsetzen könnten. Für das Budget sind unterschiedliche Varianten denkbar.

114 Wir beauftragen unsere Landtagsfraktion ein Konzept zu erarbeiten und in den
115 politischen Prozess zur Unterstützung der Arbeit der Ortschaftsräte im Land
116 einzubringen.

Unterstützer*innen

Stefan Schweigel (KV Jerichower Land), Lysann Papenroth (KV Anhalt-Bitterfeld),
Rüdiger W. Claus (KV JL), Wolfgang Aldag (KV Halle), Olaf Meister (KV Magdeburg),

John Liebau (KV Wittenberg)

Antrag

Initiator*innen: Landesdelegiertenrat (beschlossen am: 19.03.2022)

Titel: **Demokratie erleben - Ortschaftsräten
Gestaltung ermöglichen**

Antragstext

210 Demokratie erleben - Ortschaftsräten Gestaltung ermöglichen

211 Demokratie heißt, dass sich jede und jeder in seinem Umfeld einbringen und es
212 mitgestalten kann. In Sachsen-Anhalt ist das in vielfältiger Form möglich. Im
213 kommunalpolitischen Bereich bietet sich die Mitarbeit in Ortschaftsräten an. In
214 den vergangenen Jahren sind durch die Gemeindegebietsform immer mehr funktionale
215 Entscheidungen, besonders auch über Mittel, an höhere Ebenen wie den Stadt- oder
216 Gemeinderat verlagert worden.

217 Für örtliche Aktivitäten fehlt das Geld. Wir Grüne wollen über Änderung der
218 Kommunalverfassung und des Finanzausgleichs für die Kommunen erreichen, dass die
219 unterste Ebene der kommunalpolitischen Struktur, also die Ortschaftsräte, eigene
220 Budgets erhalten. Die Mitarbeit in diesen Gremien wäre deutlich attraktiver,
221 wenn die Mitarbeitenden nicht nur Ideen entwickeln, sondern sie auch direkt
222 umsetzen könnten. Für das Budget sind unterschiedliche Varianten denkbar.

223 Wir beauftragen unsere Landtagsfraktion ein Konzept zu erarbeiten und in den
224 politischen Prozess zur Unterstützung der Arbeit der Ortschaftsräte im Land
225 einzubringen.

Antrag

Initiator*innen: Wolfgang Aldag (SV Halle (Saale)), Martina Hoffmann (KV Saalekreis), Fabian Groh (KV Anhalt-Bitterfeld), Lysann Papenroth (KV Anhalt-Bitterfeld), Ernst-Paul Dörfler (KV Anhalt-Bitterfeld)

Titel: **Gewässerbewirtschaftungsstrategie erarbeiten –
Natürlichen Wasserrückhalt in der Fläche
stärken**

Antragstext

117 Drei Trockenjahre in Folge haben die Gewässer und den Wasserhaushalt
118 außerordentlich stark belastet. Die aquatische Biodiversität ist vielerorts
119 bedroht. Auch der Wald und die Landwirtschaft leiden schwer. Auch wenn das Jahr
120 2021 mit, im Vergleich, höheren Niederschlägen für etwas Erholung gesorgt hat.
121 Es ist nicht zu erwarten, dass sich die Situation grundsätzlich verbessert, die
122 Klimakrise mit weiterem Temperaturanstieg und zunehmender Sommertrockenheit ist
123 in vollem Gange. Deshalb sind durchgreifende Maßnahmen nötig. Hierzu gehört
124 zwingend eine neue Gewässerbewirtschaftungsstrategie.

125 Was wir heute brauchen ist die nachhaltige Stärkung des natürlichen
126 Wasserrückhaltes in der Fläche.

127 Dafür muss schnellstmöglich das Primat der Entwässerungspflicht abgeschafft
128 werden.

129 Die Renaturierung von Fließgewässern, Feuchtgebieten, Auen und Mooren muss
130 sowohl bei der Umsetzung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie als auch bei
131 Natura 2000 im Focus sein. Dies dient auch dem Hochwasserschutz. Punktuelle
132 Maßnahmen reichen dafür nicht aus. Wir brauchen Projekte mit ganzheitlichem
133 Ansatz, wir brauchen Projekte die die Maßnahmen vernetzt denken, umso den

134 Wasserrückhalt in der Fläche insgesamt zu verstärken.

135 Wir begrüßen die Initiative der Landtagsfraktion, das Thema im politischen
136 Prozess zu setzen, und beauftragen die Landtagsfraktion ein Format zu
137 entwickeln, das alle Akteure wie die Wasserversorger, die Unterhaltungsverbände,
138 die Naturschutzverbände, und die Landnutzerinnen und Landnutzer an einen Tisch
139 holt, um eine gemeinsame Strategie mit konkreten Zielen und Maßnahmen zu
140 erarbeiten.

Unterstützer*innen

Grit Michelmann (SV Halle (Saale), Torsten Beyer (KV Anhalt-Bitterfeld), Rüdiger W.
Claus (KV Jerichower Land), Conny Lüddemann (KV Dessau-Roßlau), Madeleine Linke
(KV Magdeburg)

Antrag

Initiator*innen: Landesdelegiertenrat (beschlossen am: 19.03.2022)

Titel: **Gewässerbewirtschaftungsstrategie erarbeiten –
Natürlichen Wasserrückhalt in der Fläche
stärken**

Antragstext

250 Drei Trockenjahre in Folge haben die Gewässer und den Wasserhaushalt
251 außerordentlich stark belastet. Die aquatische Biodiversität ist vielerorts
252 bedroht. Auch der Wald und die Landwirtschaft leiden schwer. Auch wenn das Jahr
253 2021 mit, im Vergleich, höheren Niederschlägen für etwas Erholung gesorgt hat.
254 Es ist nicht zu erwarten, dass sich die Situation grundsätzlich verbessert, die
255 Klimakrise mit weiterem Temperaturanstieg und zunehmender Sommertrockenheit ist
256 in vollem Gange. Deshalb sind durchgreifende Maßnahmen nötig. Hierzu gehört
257 zwingend eine neue Gewässerbewirtschaftungsstrategie.

258 Was wir heute brauchen ist die nachhaltige Stärkung des natürlichen
259 Wasserrückhaltes in der Fläche.

260 Dafür muss schnellstmöglich das Primat der Entwässerungspflicht abgeschafft
261 werden.

262 Die Renaturierung von Fließgewässern, Feuchtgebieten, Auen und Mooren muss
263 sowohl bei der Umsetzung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie als auch bei
264 Natura 2000 im Focus sein. Dies dient auch dem Hochwasserschutz. Punktuelle
265 Maßnahmen reichen dafür nicht aus. Wir brauchen Projekte mit ganzheitlichem
266 Ansatz, wir brauchen Projekte die die Maßnahmen vernetzt denken, umso den
267 Wasserrückhalt in der Fläche insgesamt zu verstärken.

268 Wir begrüßen die Initiative der Landtagsfraktion, das Thema im politischen

269 Prozess zu setzen, und beauftragen die Landtagsfraktion ein Format zu
270 entwickeln, das alle Akteure wie die Wasserversorger, die Unterhaltungsverbände,
271 die Naturschutzverbände, und die Landnutzerinnen und Landnutzer an einen Tisch
272 holt, um eine gemeinsame Strategie mit konkreten Zielen und Maßnahmen zu
273 erarbeiten.

Antrag

Initiator*innen: LFG Land- und Forstwirtschaft sowie insbesondere: Dorothea Frederking (KV Altmark), Christoph Germeier (KV Harz), Jürgen Hartmann (KV Magdeburg), Helmut Hoffmann (KV Harz), Martina Hoffmann (KV Saalekreis), Jens Kiebjieß (KV Harz), Madeleine Linke (KV Magdeburg), Friedrich Rosenthal (KV Jerichower Land), Nils Rosenthal (KV Jerichower Land)

Titel: **Ackerland in Bäuer*innenhand – der regional verankerten Landwirtschaft den Zugang zum Boden ermöglichen**

Antragstext

141 Ohne Grund und Boden ist Landwirtschaft nicht möglich. Die landwirtschaftlichen
142 Flächen sind ihre Produktionsbasis. Der Boden gehört in die Hände und das
143 Bestimmungsrecht derjenigen, die ihn nachhaltig zur Sicherung der Ernährung
144 bewirtschaften und die an seinem Ort regional verankert sind sowie einen
145 persönlichen Bezug zu den Flächen haben. Eine maximale Gewinnorientierung darf
146 nicht prioritär sein, denn Boden ist existenziell für die Gesellschaft und damit
147 nicht vergleichbar mit anderen Vermögenswerten.

148 Regional verankerte Bäuer*innen und Landwirt*innen kennen die Bedingungen vor
149 Ort. So können sie zum Beispiel am besten Maßnahmen ergreifen, um die
150 Widerstandsfähigkeit gegen den Klimawandel zu verbessern. Sie sichern
151 Wertschöpfung und Arbeitsplätze im ländlichen Raum und sorgen für lebendige und
152 lebenswerte Dörfer. Deshalb ist es wichtig, dass sie zur Weiterentwicklung von
153 Betrieben und für Neugründungen Zugang zum Boden bekommen und ihnen dieser nicht
154 von Großinvestor*innen weggeschnappt wird.

155 Doch leider ist der Bodenmarkt seit Jahren in der Schieflage. Hohe Kaufpreise
156 und außerlandwirtschaftliche und überregionale Bodenspekulation setzen der

157 Landwirtschaft zu.

158 Um diesen Ausverkauf zu stoppen, marktbeherrschende Stellungen zu verhindern und
159 der regional-verankerten Landwirtschaft Zugang zu den landwirtschaftlichen
160 Flächen zu ermöglichen, möge der Landesdelegiertenrat von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
161 Sachsen-Anhalt folgende Handlungsschwerpunkte beschließen:
162

163 1. Das Bundesfinanzministerium soll in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium
164 für Ernährung und Landwirtschaft den Verkauf der landwirtschaftlichen
165 Nutzflächen der Bodenverwertungs- und Verwaltungsgesellschaft (BVVG) stoppen. In
166 Sachsen-Anhalt sind noch rund 20.000 Hektar vorhanden, die für agrarstrukturelle
167 Ziele verpachtet werden sollen – z.B. an Junglandwirt*innen oder an Betriebe,
168 die in besonderer Weise zum Natur-, Umwelt- und Klimaschutz beitragen. Werden
169 Flächen doch einmal verkauft, so müssen diese wieder in gleichem Umfang
170 zugekauft werden, damit der Flächenpool nicht weniger wird.

171 Das System der Grunderwerbsteuer muss grundlegend verändert werden, denn – im
172 Gegensatz zum Grundstücksverkehr – fällt bei einem Anteilskauf unter 90 Prozent
173 keine Grunderwerbsteuer an.

174 2. Auf Landesebene muss dringend eine landesrechtliche Regelung auf den Weg
175 gebracht werden, um die Anteilskäufe (Share Deals) an Unternehmen mit
176 landwirtschaftlichen Flächen zu regulieren. Beim mittelbaren Kauf von
177 landwirtschaftlich genutzten Flächen über Anteilskäufe besteht – anders als beim
178 Flächenkauf – keine Pflicht zur Beantragung einer Genehmigung oder einer
179 Zustimmung bei der Grundstücksverkehrsbehörde. Diese Lücke im Bodenverkehrsrecht
180 muss geschlossen werden. Da eine Regulierung von allen gewollt und damit relativ
181 unstrittig ist, soll sie im ersten Schritt angegangen werden. Eine entsprechende
182 Initiative hat die Landtagsfraktion bereits ins Parlament eingebracht und sie
183 muss nun dranbleiben, dass das Gesetz Transparenz dieser Kaufgeschäfte
184 gewährleistet und klare Versagungsgründe festlegt.

185 3. Die im öffentlichen Eigentum befindlichen landwirtschaftlichen Flächen – dazu
186 zählt auch der kommunale Grund und Boden - sollen gemeinwohlorientiert
187 verpachtet werden. Dazu sollen die Kommunalpolitiker*innen von BÜNDNIS 90/DIE
188 GRÜNEN einen Beschluss herbeiführen, sodass die Verwaltungsmitarbeiter*innen für
189 die Verpachtung einem Kriterienkatalog anwenden, der ökologische sowie soziale
190 Kriterien wie z.B. regionale Verwurzelung der Pächter*in, Arbeitskräfte,
191 durchschnittliche Schlaggröße, Auslauf für Rinder oder Strohhaltung von
192 Schweinen berücksichtigt. Vorhandene Kriterienkataloge wie der der AbL oder der
193 der Mitteldeutschen Kirche können zur Erarbeitung herangezogen werden.

Antrag

Initiator*innen: Landesdelegiertenrat (beschlossen am: 19.03.2022)

Titel: **Ackerland in Bäuer*innenhand – der regional verankerten Landwirtschaft den Zugang zum Boden ermöglichen**

Antragstext

303 Ohne Grund und Boden ist Landwirtschaft nicht möglich. Die landwirtschaftlichen
304 Flächen sind ihre Produktionsbasis. Der Boden gehört in die Hände und das
305 Bestimmungsrecht derjenigen, die ihn nachhaltig zur Sicherung der Ernährung
306 bewirtschaften und die an seinem Ort regional verankert sind sowie einen
307 persönlichen Bezug zu den Flächen haben. Eine maximale Gewinnorientierung darf
308 nicht prioritär sein, denn Boden ist existenziell für die Gesellschaft und damit
309 nicht vergleichbar mit anderen Vermögenswerten.

310 Regional verankerte Bäuer*innen und Landwirt*innen kennen die Bedingungen vor
311 Ort. So können sie zum Beispiel am besten Maßnahmen ergreifen, um die
312 Widerstandsfähigkeit gegen den Klimawandel zu verbessern. Sie sichern
313 Wertschöpfung und Arbeitsplätze im ländlichen Raum und sorgen für lebendige und
314 lebenswerte Dörfer. Deshalb ist es wichtig, dass sie zur Weiterentwicklung von
315 Betrieben und für Neugründungen Zugang zum Boden bekommen und ihnen dieser nicht
316 von Großinvestor*innen weggeschnappt wird.

317 Doch leider ist der Bodenmarkt seit Jahren in der Schieflage. Hohe Kaufpreise
318 und außerlandwirtschaftliche und überregionale Bodenspekulation setzen der
319 Landwirtschaft zu.

320 Um diesen Ausverkauf zu stoppen, marktbeherrschende Stellungen zu verhindern und
321 der regional-verankerten Landwirtschaft Zugang zu den landwirtschaftlichen
322 Flächen zu ermöglichen, möge der Landesdelegiertenrat von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
323

324 Sachsen-Anhalt folgende Handlungsschwerpunkte beschließen:
325

326 1. Das Bundesfinanzministerium soll in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium
327 für Ernährung und Landwirtschaft den Verkauf der landwirtschaftlichen
328 Nutzflächen der Bodenverwertungs- und Verwaltungsgesellschaft (BVVG) stoppen. In
329 Sachsen-Anhalt sind noch rund 20.000 Hektar vorhanden, die für agrarstrukturelle
330 Ziele verpachtet werden sollen – z.B. an Junglandwirt*innen oder an Betriebe,
331 die in besonderer Weise zum Natur-, Umwelt- und Klimaschutz beitragen. Werden
332 Flächen doch einmal verkauft, so müssen diese wieder in gleichem Umfang
333 zugekauft werden, damit der Flächenpool nicht weniger wird.
334 Das System der Grunderwerbsteuer muss grundlegend verändert werden, denn – im
335 Gegensatz zum Grundstücksverkehr – fällt bei einem Anteilskauf unter 90 Prozent
keine Grunderwerbsteuer an.

336 2. Auf Landesebene muss dringend eine landesrechtliche Regelung auf den Weg
337 gebracht werden, um die Anteilskäufe (Share Deals) an Unternehmen mit
338 landwirtschaftlichen Flächen zu regulieren. Beim mittelbaren Kauf von
339 landwirtschaftlich genutzten Flächen über Anteilskäufe besteht – anders als beim
340 Flächenkauf – keine Pflicht zur Beantragung einer Genehmigung oder einer
341 Zustimmung bei der Grundstücksverkehrsbehörde. Diese Lücke im Bodenverkehrsrecht
342 muss geschlossen werden. Da eine Regulierung von allen gewollt und damit relativ
343 unstrittig ist, soll sie im ersten Schritt angegangen werden. Eine entsprechende
344 Initiative hat die Landtagsfraktion bereits ins Parlament eingebracht und sie
345 muss nun dranbleiben, dass das Gesetz Transparenz dieser Kaufgeschäfte
346 gewährleistet und klare Versagungsgründe festlegt.

347 3. Die im öffentlichen Eigentum befindlichen landwirtschaftlichen Flächen – dazu
348 zählt auch der kommunale Grund und Boden - sollen gemeinwohlorientiert
349 verpachtet werden. Dazu sollen die Kommunalpolitiker*innen von BÜNDNIS 90/DIE
350 GRÜNEN einen Beschluss herbeiführen, sodass die Verwaltungsmitarbeiter*innen für
351 die Verpachtung einem Kriterienkatalog anwenden, der ökologische sowie soziale
352 Kriterien wie z.B. regionale Verwurzelung der Pächter*in, Arbeitskräfte,
353 durchschnittliche Schlaggröße, Auslauf für Rinder oder Strohhaltung von
354 Schweinen berücksichtigt. Vorhandene Kriterienkataloge wie der der AbL oder der
355 der Mitteldeutschen Kirche können zur Erarbeitung herangezogen werden.

Antrag

Initiator*innen: LFG Soziales (beschlossen am: 15.03.2022)

Titel: **Die Krise nicht hinnehmen - Gesundheitliche
Versorgung vor Ort sichern.**

Antragstext

194 Die Krise der stationären Gesundheitsversorgung in Sachsen-Anhalt ist den
195 meisten bewusst und wird politisch diskutiert. Aber auch das System der
196 ambulanten Gesundheitsversorgung kommt aufgrund der demographischen Entwicklung
197 an seine Grenzen und benötigt Aufmerksamkeit und Weichenstellungen.

198 Nicht nur, dass die Bevölkerungszahl in Sachsen-Anhalt in den ländlichen
199 Regionen kontinuierlich sinkt und damit ein quantitatives Problem entsteht,
200 vielmehr erzeugen qualitative Veränderungen große Herausforderungen für die
201 Versorgung, weil multimorbide Patient*innen häufiger werden und gesundheitliche
202 Erkrankungen und Pflegebedarfe immer häufiger gemeinsam auftreten. Der
203 demographische Wandel macht auch vor den Ärzt*innen selbst nicht halt. Ihr
204 Durchschnittsalter steigt und absehbar werden viele Leistungserbringer*innen aus
205 dem System aussteigen, wodurch die Versorgungssituation zunehmend prekär wird.

206 Bereits manifest sind Versorgungsdefizite im Bereich der hausärztlichen
207 Versorgung. Auch gerade der wohnortnahe Zugang zu Kinderärzt*innen muss in
208 Sachsen-Anhalt garantiert sein und ist es immer weniger.

209 Absehbar wird es schwieriger Praxisnachfolger*innen zu finden, weil es sich
210 entweder abzeichnet, dass eine Einzelpraxis sich wirtschaftlich kaum trägt oder
211 - im umgekehrten Fall - aufgrund des Versorgungsmangels mit einem sehr großen
212 Zustrom an Patient*innen zu kämpfen haben wird und etwa viele
213 Bereitschaftsdienste sich abzeichnen, wenn die Zahl der Praxen in einer Region
214 sinkt.

215 Diese Effekte der Demographie werden durch einen zweiten Faktor befördert: Der
216 Trend bei jungen Ärzt*innen, statt auf eine eigene Praxis zu setzen lieber in
217 einem Angestelltenverhältnis zu arbeiten. Darauf deuten aktuelle Zahlen und
218 Befragungen. Hierauf gilt es politisch zu reagieren. Das klassische Bild
219 ärztlicher Einzelgänger*innen, die unermüdlich für ihre Patient*innen da sind,
220 erodiert. Viele junge Ärzt*innen präferieren ein ausgeglichenes Verhältnis
221 zwischen Beruf und Privatleben, was grundsätzlich zu begrüßen ist.
222 Selbstausbeutung soll nicht mehr handlungsleitend sein und darf nicht die
223 erwartete Grundlage politischer Bewertung der Versorgungssituation sein.

224 Hinzu kommt, in diesem Falle als möglicher Teil einer Lösung, die zunehmende
225 Professionalisierung der Gesundheits- und Pflegeberufe. Auch diese sägt am Ast
226 eines bisher ärztlich-zentrierten Gesundheitssystems. Einerseits aus dem
227 Erstarren der Profession selbst hergeleitet und begleitet von Entwicklungen wie
228 der Akademisierung und der Stärkung der Selbstvertretung durch beispielsweise
229 Pflegekammern. Andererseits aus der Not geboren, weil das ärztlich-zentrierte,
230 ambulante System die Versorgung mittelfristig nicht sichern können.
231 Akteur*innen wie die Kassenärztliche Vereinigung mit ihrem
232 Sicherstellungsauftrag sind daher genötigt, neue Wege zu gehen. Diese neuen Wege
233 gilt es von Seiten der Landespolitik einzufordern, aber insbesondere auch zu
234 unterstützen und zu begleiten.

235 Denn klar ist für uns BÜNDNISGRÜNE: Gesundheitsversorgung gehört zur
236 Daseinsvorsorge und ist integraler Bestandteil einer Gleichwertigkeit der
237 Lebensverhältnisse. Um diesen integralen Bestandteil wirklich zukunftsfest zu
238 machen, braucht es neue Ideen und vor allem die Partizipation und Zusammenarbeit
239 aller politischen und auch aller Akteur*innen im Gesundheitssystem
240 einschließlich der Patientenvertretungen.

241 Gesundheitliche Versorgung zur gemeinsamen Chefsache machen

242 Ein nebeneinander - im schlimmsten Fall gegeneinander - der Beteiligten an der
243 gesundheitlichen Versorgung darf es nicht mehr geben. Wir wollen regionale
244 Verantwortungsgemeinschaften befördern. Also den Zusammenschluss aller
245 relevanten Akteure der gesundheitlichen Versorgung, die sich dem gemeinsamen
246 Ziel einer bestmöglichen Versorgung in ihrer Region verschreiben. Von den
247 Patient*innen selbst, über die Kommunen mit ihren Gesundheitsämtern, den
248 Leistungserbringer*innen, den Apotheken, den Heilmittelerbringern, den Kassen
249 bis hin zu Vereinen und Verbänden sowie der kassenärztlichen Vereinigung. Im
250 Bereich der psychiatrischen Versorgung konnten wir diesen Weg durch die
251 gesetzliche Schaffung von gemeindepsychiatrischen Verbänden bereits beschreiten.

252 Einen solchen Kooperationszusammenhang im Bereich der ambulanten Versorgung

253 wollen wir durch die verbindliche Aufnahme von kommunalen Gesundheitskonferenzen
254 im ÖGD-Gesetz auf den Weg bringen. Solche Gesundheitskonferenzen sind keine
255 einmaligen, regionalen Fachkonferenzen, sondern angelegt als kontinuierliches
256 Arbeits- und Vernetzungsgremium mit den Gesundheitsämtern als Geschäftsstelle.
257 Deren erstarkte Stellung durch ihre prominente Rolle in der Pandemiebekämpfung
258 ist aufzugreifen und zu nutzen, um sie langfristig in der Kommune zum
259 gesundheitspolitischen Dreh- und Angelpunkt zu machen. Gesundheitskonferenzen
260 können bspw. beginnend etwa mit der Erarbeitung von kommunalen Gesundheitszielen
261 in Analogie zu den Gesundheitszielen des Landes ihre Tätigkeit beginnen.
262 Wichtige Aufgabe dieser Gesundheitskonferenzen wird es auch sein, bei sich
263 verändernden stationären Versorgungssituationen, durch Anpassungen im ambulanten
264 Bereich, zumindest teilweise Kompensation zu schaffen. Beim regionalen Wegfall
265 von Kliniken im Bereich Pädiatrie oder Geburtshilfe beispielsweise, sollte mit
266 einem Ausbau der Kassenarztsitze und geförderten Hebammenpraxen einer
267 Unterversorgung entgegengewirkt werden.

268 Verstärken wollen wir diesen kooperativen Ansatz durch die Förderung von
269 Gesundheitsregionen. Dafür wollen wir ein Modellprojekt des Landes auf den Weg
270 bringen. Beispielgebend ist dafür seit vielen Jahren das Projekt "das Gesunde
271 Kinzing-Tal" in Baden-Württemberg (<https://www.gesundes-kinzingtal.de/>). Verkürzt
272 gesagt wird eine Gesundheitskonferenz ergänzt durch eine Managementgesellschaft,
273 die für eine Gesundheitsregion eine Gesamtbilanz zieht zu Ausgaben und
274 Gesundheitsleistungen. Effizienzsteigerung heißt dann ausdrücklich nicht
275 Leistungsverknappung und damit Einsparungen, sondern beispielsweise die
276 erstmalige wirkliche Kennbarmachung von z.B. Wirkungen von Präventionsmaßnahmen.

277 Mit der Landarztquote hat das Land Sachsen-Anhalt einen guten Weg begonnen,
278 schon während des Studiums den Nachwuchs für ländliche Praxen zu sichern. Dieses
279 Instrument sollte ausgebaut werden und, wenn möglich, auch zur Sicherung der
280 fachärztlichen ambulanten Versorgung nutzbar gemacht werden.

- 281 • Novelle des ÖGD-Gesetzes zur Implementierung kommunaler
282 Gesundheitskonferenzen
- 283 • Aufwertung und Stärkung der Gesundheitsämter
- 284 • Landesförderung für ein Modellprojekt zu Gesundheitsregionen
- 285 • Kopplung der Landesgesundheitskonferenz an die kommunalen
286 Gesundheitskonferenzen
- 287 • Fortentwicklung der Gesundheitsziele des Landes mit Ausrichtung auf die

288 ländlichen Regionen

- 289 • Ausbau der Landärztin/Landarzt-Quote / Aufbau weiterer fachärztlicher
290 Bereiche

291 Professionen auf Augenhöhe

292 Das bisher wirkende Strukturprinzip der Arztzentrierung degradiert alle weiteren
293 Berufe im Gesundheitssystem zu Hilfs- und Zubringerberufen. Die Akademisierung
294 der Hebammenausbildung, die beginnende Akademisierung der Pflege, die neue
295 generalistische Pflegeausbildung, Einrichtung und Diskussion zur eigenständigen
296 Vertretung durch Pflegekammern aber auch Heilberufekammern heben aber aktuell
297 die Gesundheits- und Pflegeberufe peu a peu auf eine gleiche Augenhöhe.

298 Für uns BÜNDNISGRÜNE ist klar: Wir wollen eigenverantwortliche Professionen im
299 Bereich Gesundheit und Pflege, die auf Augenhöhe mit den Ärzt*innen in
300 multiprofessionelle Teams arbeiten.

301 Dies ist auch ein zentraler Strang emanzipativer Ansätze, denn der ärztliche
302 Berufsstand und die zuarbeitenden Pflegeberufe waren und sind durch eine
303 Geschlechterasymmetrie untersetzt. Männlicher Arzt. Weibliche Pflege. Rein
304 empirisch kippt dieses Verhältnis. Jetzt gilt es auch die Strukturelemente zu
305 überwinden, die eigenständige Pflege- und Gesundheitsprofessionen verhindern.

306 Als zentrales Element betrachten wir hier die berufliche Selbstverwaltung.
307 Qualitäts- und Kriterienkataloge sollen zukünftig ausschließlich aus der eigenen
308 professionellen Expertise heraus entwickelt und nicht länger durch Berufsfremde,
309 wenngleich aus benachbarten Berufsgruppen, definiert werden.

310 Diese Aufwertung betrachten wir auch als zentrale Maßnahme für die
311 Fachkräftegewinnung. Eine Profession mit einem gesunden Selbstvertrauen, mit
312 starken Interessenvertretungen und eben auch mit individuell möglichen
313 Karrierepfaden spricht weit mehr junge Menschen an, als das Bild der Pflege als
314 rein "dienende" und "aufopferungsvolle" Rolle.

315 Mit in Deutschland neuen Berufsfeldern zum Beispiel für die Pflege, wie dem
316 Community Health Nursing, wachsen auch die Möglichkeiten, Versorgungsdefizite
317 strukturell zu lösen. Von Gemeindeschwestern-Projekten wie „VERA“ über an Praxen
318 angebundene ambulante Fachpflege bis hin zu Prävention: es ist Zeit diese Ideen
319 aus dem Status von Pilotprojekten zum Teil der Regelversorgung zu entwickeln.

320 Konkret bedeuten Gesundheitsprofessionen in eigener Verantwortung zum Beispiel:
321 wir wollen den Direktzugang zu Leistungen der Gesundheitsberufe. Ärzt*innen
322 sollen nicht weiter Gatekeeper für diese Leistungen sein. Physiotherapeut*innen
323 oder Ergotherapeut*innen etwa sind dafür ausgebildet und fachlich in der Lage,
324 auf der Basis fundierter Diagnostik über den Behandlungsbedarf zu entscheiden.
325 Es ist überfällig und ressourcenschonend, diese Expertise anzuerkennen und die
326 Erstattung solcher Behandlungen nicht länger von einem ärztlichen Rezept
327 abhängig zu machen.

328 Beispielgebend ist hier die Versorgung durch approbierte Psychotherapeut*innen
329 und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut*innen. In diesem Bereich brauchen
330 wir wegen den Folgen der Pandemie zusätzlich einen Ausbau der
331 Versorgungsstruktur.

332 Wir sind der Überzeugung, dass durch Maßnahmen dieser Art auch das Profil der
333 ärztlichen Tätigkeit geschärft wird und Ärzt*innen sich wieder auf ihre
334 Kernkompetenz beziehen können, anstelle vielfach nur Überweisungen auszustellen.
335 Die ärztliche Ausbildung soll dabei explizit nicht zur Disposition gestellt
336 werden.

337 Das erfolgreiche Projekt der Hebammenkreißsäle ist ein gelungenes Beispiel aus
338 Sachsen-Anhalt. Entsprechend wollen wir dies ausweiten und im Land
339 flächendeckend ausrollen in den Krankenhäusern mit Geburtsstation. Für die
340 ambulante Versorgung muss dem Mangel an Hebammen durch Hebammenpraxen und der
341 Förderung freiberuflicher Hebammen im ländlichen Raum begegnet werden.

- 342 • Landespolitischer Einsatz für die Schaffung eigenständiger Professionen im
343 Bereich der Gesundheits- und Pflegeberufe.
- 344 • Initiierung einer Umfrage und Kampagne zur Einrichtung einer Pflegekammer.
- 345 • Aufnahme von Pflegeverbänden in das Gremium nach §90a SGB V
- 346 • Unterstützung von Vorhaben auf Landesebene zum Ausbau der Ansätze von VERA
347 & Co. (Gemeindeschwestern) und community health nursing und Einsatz für
348 ihre Integration in die Regelversorgung
- 349 • Mit Hebammenpraxen den erfolgreichen Ansatz des hebammengeleiteten
350 Kreißsaals im ambulanten Bereich ausbauen und ergänzen

351 Überwindung der ärztlichen Einzelpraxis

352 Medizinische Versorgungszentren, multiprofessionell besetzte, ärztliche Praxen,
353 von Kommunen bereit gestellte Praxisräume etwa für Rotationsprechstunden,
354 mobile Praxen, telemedizinisch unterstützte Leistungserbringung von Gesundheits-
355 und Pflegeberufen in der Fläche. All dies sind Formen der ambulanten
356 Gesundheitsversorgung, die es breit zu erproben und zu stärken gilt. Sie alle
357 ergänzen das Prinzip der ärztlichen Einzelpraxis in eigener Niederlassung. Um
358 die passende Form für die jeweiligen regionalen Bedarfe zu entwickeln, sind die
359 zuvor genannten Gesundheitskonferenzen geeignete Gremien, weil dort die
360 Sichtweisen, Informationsstände und Interessen aller beteiligten Akteur*innen
361 zusammenlaufen und im besten Falle abgestimmt werden können.

362 Im besten Falle werden die Kommunen zum Taktgeber dieser Entwicklung. Dies
363 wollen wir durch einen Landespreis unterstützen, in dem die besten Versorgungs-
364 und Präventionsideen nicht nur geehrt werden, sondern durch die öffentliche
365 Aufmerksamkeit auch zum Nach- und Noch-besser-machen animieren.

366 Große Hoffnungen werden, wie in allen Bereichen, auch im Bereich der
367 Gesundheitsversorgung in die Digitalisierung gesetzt. Mehr oder weniger
368 vielversprechende Projekte auf Bundesebene wie die Einführung der digitalen
369 Patientenakte oder das digitale Rezept sind noch nicht abgeschlossen und können
370 auf ihre Wirksamkeit daher noch nicht beurteilt werden. Die Digitalisierung der
371 Dokumentation im Pflegebereich sorgt bei den Anwender*innen oft eher für
372 Frustration. Deshalb ist es höchste Zeit, die Zukunftschancen, die in digitalen
373 Anwendungen im Gesundheitsbereich liegen, konzertiert hervorstustellen und
374 nutzbar zu machen. Von telemedizinischer Unterstützung von Notfallversorgung und
375 Diagnostik über die tatsächliche Entlastung durch digitale Dokumentation bis hin
376 zu modernen Krankenhausinformationssystemen und der einfachen und sicheren
377 Kommunikation zwischen Leistungserbringern: es ist an der Zeit, Forschung,
378 Entwicklung und Kompetenzen zu bündeln und an einem Punkt nutzbar zu machen. Wir
379 fordern daher die Errichtung eines Landesentrums zur Digitalisierung im
380 Gesundheitswesens, das alle bisherigen Ansätze und Aktivitäten zum Beispiel an
381 der MLU oder das Projekt TGD (Translationsregion für digitalisierte
382 Gesundheitsversorgung) bündelt und ergänzt.

- 383 • Handlungsleitfäden für die Kommunen zur Errichtung kommunaler MVZ und
384 multiprofessioneller kommunaler Gesundheitszentren
- 385 • Ausschreibung des Landespreises "Innovative Versorgungsformen in
386 ländlichen Räumen" oder "Das gesunde Dorf"
- 387 • Einrichtung eines Landesentrums zur Digitalisierung im Gesundheitswesen

388 In der Medizin ist die Krise die sensibelste Krankheitsphase. Sie kann zur
389 endgültigen Katastrophe führen, oder durch glückliche Wendung die Genesung
390 bewirken. Politisch ist es nicht an Glück gebunden, die aktuelle gesundheitliche
391 Versorgungskrise zu lösen. Sondern an mutige und kluge Entscheidungen und
392 Weichenstellungen. Und die Zeit dafür ist spätestens jetzt.

Antrag

Initiator*innen: Landesdelegiertenrat (beschlossen am: 19.03.2022)

Titel: **Die Krise nicht hinnehmen – Gesundheitliche
Versorgung vor Ort sichern**

Antragstext

555 Die Krise der stationären Gesundheitsversorgung in Sachsen-Anhalt ist den
556 meisten bewusst und wird politisch diskutiert. Aber auch das System der
557 ambulanten Gesundheitsversorgung kommt aufgrund der demographischen Entwicklung
558 an seine Grenzen und benötigt Aufmerksamkeit und Weichenstellungen.

559 Nicht nur, dass die Bevölkerungszahl in Sachsen-Anhalt in den ländlichen
560 Regionen kontinuierlich sinkt und damit ein quantitatives Problem entsteht,
561 vielmehr erzeugen qualitative Veränderungen große Herausforderungen für die
562 Versorgung, weil multimorbide Patient*innen häufiger werden und gesundheitliche
563 Erkrankungen und Pflegebedarfe immer häufiger gemeinsam auftreten. Der
564 demographische Wandel macht auch vor den Ärzt*innen selbst nicht halt. Ihr
565 Durchschnittsalter steigt und absehbar werden viele Leistungserbringer*innen aus
566 dem System aussteigen, wodurch die Versorgungssituation zunehmend prekär wird.

567 Bereits manifest sind Versorgungsdefizite im Bereich der hausärztlichen
568 Versorgung. Auch gerade der wohnortnahe Zugang zu Kinderärzt*innen muss in
569 Sachsen-Anhalt garantiert sein und ist es immer weniger.

570 Absehbar wird es schwieriger Praxisnachfolger*innen zu finden, weil es sich
571 entweder abzeichnet, dass eine Einzelpraxis sich wirtschaftlich kaum trägt oder
572 - im umgekehrten Fall - aufgrund des Versorgungsmangels mit einem sehr großen
573 Zustrom an Patient*innen zu kämpfen haben wird und etwa viele
574 Bereitschaftsdienste sich abzeichnen, wenn die Zahl der Praxen in einer Region
575 sinkt.

576 Diese Effekte der Demographie werden durch einen zweiten Faktor befördert: Der
577 Trend bei jungen Ärzt*innen, statt auf eine eigene Praxis zu setzen lieber in
578 einem Angestelltenverhältnis zu arbeiten. Darauf deuten aktuelle Zahlen und
579 Befragungen. Hierauf gilt es politisch zu reagieren. Das klassische Bild
580 ärztlicher Einzelgänger*innen, die unermüdlich für ihre Patient*innen da sind,
581 erodiert. Viele junge Ärzt*innen präferieren ein ausgeglichenes Verhältnis
582 zwischen Beruf und Privatleben, was grundsätzlich zu begrüßen ist.
583 Selbstaubeutung soll nicht mehr handlungsleitend sein und darf nicht die
584 erwartete Grundlage politischer Bewertung der Versorgungssituation sein.

585 Hinzu kommt, in diesem Falle als möglicher Teil einer Lösung, die zunehmende
586 Professionalisierung der Gesundheits- und Pflegeberufe. Auch diese sägt am Ast
587 eines bisher ärztlich-zentrierten Gesundheitssystems. Einerseits aus dem
588 Erstarren der Profession selbst hergeleitet und begleitet von Entwicklungen wie
589 der Akademisierung und der Stärkung der Selbstvertretung durch beispielsweise
590 Pflegekammern. Andererseits aus der Not geboren, weil das ärztlich-zentrierte,
591 ambulante System die Versorgung mittelfristig nicht sichern können.
592 Akteur*innen wie die Kassenärztliche Vereinigung mit ihrem
593 Sicherstellungsauftrag sind daher genötigt, neue Wege zu gehen. Diese neuen Wege
594 gilt es von Seiten der Landespolitik einzufordern, aber insbesondere auch zu
595 unterstützen und zu begleiten.

596 Denn klar ist für uns BÜNDNISGRÜNE: Gesundheitsversorgung gehört zur
597 Daseinsvorsorge und ist integraler Bestandteil einer Gleichwertigkeit der
598 Lebensverhältnisse. Um diesen integralen Bestandteil wirklich zukunftsfest zu
599 machen, braucht es neue Ideen und vor allem die Partizipation und Zusammenarbeit
600 aller politischen und auch aller Akteur*innen im Gesundheitssystem
601 einschließlich der Patientenvertretungen.

602 Gesundheitliche Versorgung zur gemeinsamen Chefsache machen

603 Ein nebeneinander - im schlimmsten Fall gegeneinander - der Beteiligten an der
604 gesundheitlichen Versorgung darf es nicht mehr geben. Wir wollen regionale
605 Verantwortungsgemeinschaften befördern. Also den Zusammenschluss aller
606 relevanten Akteure der gesundheitlichen Versorgung, die sich dem gemeinsamen
607 Ziel einer bestmöglichen Versorgung in ihrer Region verschreiben. Von den
608 Patient*innen selbst, über die Kommunen mit ihren Gesundheitsämtern, den
609 Leistungserbringer*innen, den Apotheken, den Heilmittelerbringern, den Kassen
610 bis hin zu Vereinen und Verbänden sowie der kassenärztlichen Vereinigung. Im
611 Bereich der psychiatrischen Versorgung konnten wir diesen Weg durch die
612 gesetzliche Schaffung von gemeindepsychiatrischen Verbänden bereits beschreiten.

613 Einen solchen Kooperationszusammenhang im Bereich der ambulanten Versorgung

614 wollen wir durch die verbindliche Aufnahme von kommunalen Gesundheitskonferenzen
615 im ÖGD-Gesetz auf den Weg bringen. Solche Gesundheitskonferenzen sind keine
616 einmaligen, regionalen Fachkonferenzen, sondern angelegt als kontinuierliches
617 Arbeits- und Vernetzungsgremium mit den Gesundheitsämtern als Geschäftsstelle.
618 Deren erstarkte Stellung durch ihre prominente Rolle in der Pandemiebekämpfung
619 ist aufzugreifen und zu nutzen, um sie langfristig in der Kommune zum
620 gesundheitspolitischen Dreh- und Angelpunkt zu machen. Gesundheitskonferenzen
621 können bspw. beginnend etwa mit der Erarbeitung von kommunalen Gesundheitszielen
622 in Analogie zu den Gesundheitszielen des Landes ihre Tätigkeit beginnen.
623 Wichtige Aufgabe dieser Gesundheitskonferenzen wird es auch sein, bei sich
624 verändernden stationären Versorgungssituationen, durch Anpassungen im ambulanten
625 Bereich, zumindest teilweise Kompensation zu schaffen. Beim regionalen Wegfall
626 von Kliniken im Bereich Pädiatrie oder Geburtshilfe beispielsweise, sollte mit
627 einem Ausbau der Kassenarztsitze und geförderten Hebammenpraxen einer
628 Unterversorgung entgegengewirkt werden.

629 Verstärken wollen wir diesen kooperativen Ansatz durch die Förderung von
630 Gesundheitsregionen. Dafür wollen wir ein Modellprojekt des Landes auf den Weg
631 bringen. Beispielgebend ist dafür seit vielen Jahren das Projekt "das Gesunde
632 Kinzing-Tal" in Baden-Württemberg (<https://www.gesundes-kinzingtal.de/>). Verkürzt
633 gesagt wird eine Gesundheitskonferenz ergänzt durch eine Managementgesellschaft,
634 die für eine Gesundheitsregion eine Gesamtbilanz zieht zu Ausgaben und
635 Gesundheitsleistungen. Effizienzsteigerung heißt dann ausdrücklich nicht
636 Leistungsverknappung und damit Einsparungen, sondern beispielsweise die
637 erstmalige wirkliche Kennbarmachung von z.B. Wirkungen von Präventionsmaßnahmen.

638 Mit der Landarztquote hat das Land Sachsen-Anhalt einen guten Weg begonnen,
639 schon während des Studiums den Nachwuchs für ländliche Praxen zu sichern. Dieses
640 Instrument sollte ausgebaut werden und, wenn möglich, auch zur Sicherung der
641 fachärztlichen ambulanten Versorgung nutzbar gemacht werden.

- 642 • Novelle des ÖGD-Gesetzes zur Implementierung kommunaler
643 Gesundheitskonferenzen
- 644 • Aufwertung und Stärkung der Gesundheitsämter
- 645 • Landesförderung für ein Modellprojekt zu Gesundheitsregionen
- 646 • Kopplung der Landesgesundheitskonferenz an die kommunalen
647 Gesundheitskonferenzen
- 648 • Fortentwicklung der Gesundheitsziele des Landes mit Ausrichtung auf die

649 ländlichen Regionen

- 650 • Ausbau der Landärztin/Landarzt-Quote / Aufbau weiterer fachärztlicher
651 Bereiche

652 Professionen auf Augenhöhe

653 Das bisher wirkende Strukturprinzip der Arztzentrierung degradiert alle weiteren
654 Berufe im Gesundheitssystem zu Hilfs- und Zubringerberufen. Die Akademisierung
655 der Hebammenausbildung, die beginnende Akademisierung der Pflege, die neue
656 generalistische Pflegeausbildung, Einrichtung und Diskussion zur eigenständigen
657 Vertretung durch Pflegekammern aber auch Heilberufekammern heben aber aktuell
658 die Gesundheits- und Pflegeberufe peu a peu auf eine gleiche Augenhöhe.

659 Für uns BÜNDNISGRÜNE ist klar: Wir wollen eigenverantwortliche Professionen im
660 Bereich Gesundheit und Pflege, die auf Augenhöhe mit den Ärzt*innen in
661 multiprofessionelle Teams arbeiten.

662 Dies ist auch ein zentraler Strang emanzipativer Ansätze, denn der ärztliche
663 Berufsstand und die zuarbeitenden Pflegeberufe waren und sind durch eine
664 Geschlechterasymmetrie untersetzt. Männlicher Arzt. Weibliche Pflege. Rein
665 empirisch kippt dieses Verhältnis. Jetzt gilt es auch die Strukturelemente zu
666 überwinden, die eigenständige Pflege- und Gesundheitsprofessionen verhindern.

667 Als zentrales Element betrachten wir hier die berufliche Selbstverwaltung.
668 Qualitäts- und Kriterienkataloge sollen zukünftig ausschließlich aus der eigenen
669 professionellen Expertise heraus entwickelt und nicht länger durch Berufsfremde,
670 wenngleich aus benachbarten Berufsgruppen, definiert werden.

671 Diese Aufwertung betrachten wir auch als zentrale Maßnahme für die
672 Fachkräftegewinnung. Eine Profession mit einem gesunden Selbstvertrauen, mit
673 starken Interessenvertretungen und eben auch mit individuell möglichen
674 Karrierepfaden spricht weit mehr junge Menschen an, als das Bild der Pflege als
675 rein "dienende" und "aufopferungsvolle" Rolle.

676 Mit in Deutschland neuen Berufsfeldern zum Beispiel für die Pflege, wie dem
677 Community Health Nursing, wachsen auch die Möglichkeiten, Versorgungsdefizite
678 strukturell zu lösen. Von Gemeindeschwestern-Projekten wie „VERA“ über an Praxen
679 angebundene ambulante Fachpflege bis hin zu Prävention: es ist Zeit diese Ideen
680 aus dem Status von Pilotprojekten zum Teil der Regelversorgung zu entwickeln.

681 Konkret bedeuten Gesundheitsprofessionen in eigener Verantwortung zum Beispiel:
682 wir wollen den Direktzugang zu Leistungen der Gesundheitsberufe. Ärzt*innen
683 sollen nicht weiter Gatekeeper für diese Leistungen sein. Physiotherapeut*innen
684 oder Ergotherapeut*innen etwa sind dafür ausgebildet und fachlich in der Lage,
685 auf der Basis fundierter Diagnostik über den Behandlungsbedarf zu entscheiden.
686 Es ist überfällig und ressourcenschonend, diese Expertise anzuerkennen und die
687 Erstattung solcher Behandlungen nicht länger von einem ärztlichen Rezept
688 abhängig zu machen.

689 Beispielgebend ist hier die Versorgung durch approbierte Psychotherapeut*innen
690 und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut*innen. In diesem Bereich brauchen
691 wir wegen den Folgen der Pandemie zusätzlich einen Ausbau der
692 Versorgungsstruktur.

693 Wir sind der Überzeugung, dass durch Maßnahmen dieser Art auch das Profil der
694 ärztlichen Tätigkeit geschärft wird und Ärzt*innen sich wieder auf ihre
695 Kernkompetenz beziehen können, anstelle vielfach nur Überweisungen auszustellen.
696 Die ärztliche Ausbildung soll dabei explizit nicht zur Disposition gestellt
697 werden.

698 Das erfolgreiche Projekt der Hebammenkreißsäle ist ein gelungenes Beispiel aus
699 Sachsen-Anhalt. Entsprechend wollen wir dies ausweiten und im Land
700 flächendeckend ausrollen in den Krankenhäusern mit Geburtsstation. Für die
701 ambulante Versorgung muss dem Mangel an Hebammen durch Hebammenpraxen und der
702 Förderung freiberuflicher Hebammen im ländlichen Raum begegnet werden.

- 703 • Landespolitischer Einsatz für die Schaffung eigenständiger Professionen im
704 Bereich der Gesundheits- und Pflegeberufe.
- 705 • Initiierung einer Umfrage und Kampagne zur Einrichtung einer Pflegekammer.
- 706 • Aufnahme von Pflegeverbänden in das Gremium nach §90a SGB V
- 707 • Unterstützung von Vorhaben auf Landesebene zum Ausbau der Ansätze von VERA
708 & Co. (Gemeindeschwestern) und community health nursing und Einsatz für
709 ihre Integration in die Regelversorgung
- 710 • Mit Hebammenpraxen den erfolgreichen Ansatz des hebammengeleiteten
711 Kreißsaals im ambulanten Bereich ausbauen und ergänzen

712 Überwindung der ärztlichen Einzelpraxis

713 Medizinische Versorgungszentren, multiprofessionell besetzte, ärztliche Praxen,
714 von Kommunen bereit gestellte Praxisräume etwa für Rotationsprechstunden,
715 mobile Praxen, telemedizinisch unterstützte Leistungserbringung von Gesundheits-
716 und Pflegeberufen in der Fläche. All dies sind Formen der ambulanten
717 Gesundheitsversorgung, die es breit zu erproben und zu stärken gilt. Sie alle
718 ergänzen das Prinzip der ärztlichen Einzelpraxis in eigener Niederlassung. Um
719 die passende Form für die jeweiligen regionalen Bedarfe zu entwickeln, sind die
720 zuvor genannten Gesundheitskonferenzen geeignete Gremien, weil dort die
721 Sichtweisen, Informationsstände und Interessen aller beteiligten Akteur*innen
722 zusammenlaufen und im besten Falle abgestimmt werden können.

723 Im besten Falle werden die Kommunen zum Taktgeber dieser Entwicklung. Dies
724 wollen wir durch einen Landespreis unterstützen, in dem die besten Versorgungs-
725 und Präventionsideen nicht nur geehrt werden, sondern durch die öffentliche
726 Aufmerksamkeit auch zum Nach- und Noch-besser-machen animieren.

727 Große Hoffnungen werden, wie in allen Bereichen, auch im Bereich der
728 Gesundheitsversorgung in die Digitalisierung gesetzt. Mehr oder weniger
729 vielversprechende Projekte auf Bundesebene wie die Einführung der digitalen
730 Patientenakte oder das digitale Rezept sind noch nicht abgeschlossen und können
731 auf ihre Wirksamkeit daher noch nicht beurteilt werden. Die Digitalisierung der
732 Dokumentation im Pflegebereich sorgt bei den Anwender*innen oft eher für
733 Frustration. Deshalb ist es höchste Zeit, die Zukunftschancen, die in digitalen
734 Anwendungen im Gesundheitsbereich liegen, konzertiert hervorstustellen und
735 nutzbar zu machen. Von telemedizinischer Unterstützung von Notfallversorgung und
736 Diagnostik über die tatsächliche Entlastung durch digitale Dokumentation bis hin
737 zu modernen Krankenhausinformationssystemen und der einfachen und sicheren
738 Kommunikation zwischen Leistungserbringern: es ist an der Zeit, Forschung,
739 Entwicklung und Kompetenzen zu bündeln und an einem Punkt nutzbar zu machen. Wir
740 fordern daher die Errichtung eines Landesentrums zur Digitalisierung im
741 Gesundheitswesens, das alle bisherigen Ansätze und Aktivitäten zum Beispiel an
742 der MLU oder das Projekt TGD (Translationsregion für digitalisierte
743 Gesundheitsversorgung) bündelt und ergänzt.

- 744 • Handlungsleitfäden für die Kommunen zur Errichtung kommunaler MVZ und
745 multiprofessioneller kommunaler Gesundheitszentren
- 746 • Ausschreibung des Landespreises "Innovative Versorgungsformen in
747 ländlichen Räumen" oder "Das gesunde Dorf"
- 748 • Einrichtung eines Landesentrums zur Digitalisierung im Gesundheitswesen

749 In der Medizin ist die Krise die sensibelste Krankheitsphase. Sie kann zur
750 endgültigen Katastrophe führen, oder durch glückliche Wendung die Genesung
751 bewirken. Politisch ist es nicht an Glück gebunden, die aktuelle gesundheitliche
752 Versorgungskrise zu lösen. Sondern an mutige und kluge Entscheidungen und
753 Weichenstellungen. Und die Zeit dafür ist spätestens jetzt.

Antrag

Initiator*innen: LFG Demokratie und Recht (beschlossen am: 15.03.2022)

Titel: **Nutzung von Diensträdern bei den kommunalen
Ordnungsbehörden**

Antragstext

393 Der Landesdelegiertenrat möge beschließen:

394 die grünen Kommunalpolitiker*innen in Sachsen-Anhalt zu bitten, in ihren
395 jeweiligen Räten Initiativen mit dem Ziel zu starten:

- 396 • den Bestand an Dienstfahrrädern oder Dienstpedelecs bei den
397 Ordnungsbehörden zu eruieren,

- 398 • zu prüfen, inwieweit Aufgaben der kommunalen Ordnungsbehörden in ihrem
399 Gebiet mittels in den Einsatz zu nehmender Diensträder oder -pedelecs
400 zweckdienlich umgesetzt werden können,

- 401 • dass die jeweilige Ordnungsbehörde Diensträder bzw. -pedelecs als Ersatz
402 oder Ergänzung ihres motorisierten Fuhrparks anschafft, wo dies sinnvoll
403 ist.

Begründung

1. Die Ergänzung oder teilweise Ersetzung der motorisierten Dienstfahrzeuge der Ordnungsbehörden um bzw. durch Fahrräder oder Pedelecs stellt eine wirkungsvolle Modernisierung dar. Wenn

Ordnungsamtsmitarbeiter*innen als Radfahrer*innen am Verkehr teilnehmen, werden sie für typische Gefahren sensibilisiert und können schwerpunktmäßig Akzente setzen. Dies führt zu einer zur Steigerung der Verkehrssicherheit für nicht-motorisierte Verkehrsteilnehmer*innen, zum anderen mit Blick auf die hohe Flexibilität und Wendigkeit des Einsatzmittels Fahrrad auch zu zahlreichen anderen Einsatzfeldern, wie etwa zur Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten auf Verkehrswegen, die nicht für den motorisierten Individualverkehr zugelassen sind, wie Parks und Grünflächen.

2. Die Aufgabenwahrnehmung von Ordnungsamtsmitarbeiter*innen finden aktuell überwiegend unter Verwendung von Pkw statt. Die Beamt*innen nehmen daher vor allem als Kfz-Führer*innen am Straßenverkehr teil. Dies behindert unter Umständen die adäquate Wahrnehmung von Gefahren für den Rad- und sonstigen nicht-motorisierten Individualverkehr. Diese nicht-motorisierten Verkehrsteilnehmer*innen stellen jedoch einen besonders vulnerablen Teil des Verkehrsgeschehens dar. Die hohe Verletzungsquote bei Verkehrsunfällen, das Unsicherheitsgefühl und die niedrigen Ahndungszahlen bei Verkehrsordnungswidrigkeiten machen hier andere Vorgehensweisen im Bereich der Gefahrenabwehr nötig.
3. Der Beschluss erfolgt in Ergänzung unserer Forderung aus dem Landtagswahlprogramm zum Einsatz von Fahrradstaffeln bei der Polizei, und soll sicherstellen, dass in allen Bereichen staatlicher Aufgabenwahrnehmung für die Belange des nicht-motorisierten Individualverkehrs sensibilisiert wird.
4. Die Umrüstung und Erweiterung des Profils von Ordnungsämtern soll daneben die Verkehrswende vorantreiben und unnötige Wege mittels Kfz verhindern.

Unterstützer*innen

John Liebau (KV Wittenberg)

Antrag

Initiator*innen: Landesdelegiertenrat (beschlossen am: 19.03.2022)

Titel: **Nutzung von Diensträdern bei den kommunalen
Ordnungsbehörden**

Antragstext

765 Der Landesdelegiertenrat möge beschließen:

766 die grünen Kommunalpolitiker*innen in Sachsen-Anhalt zu bitten, in ihren
767 jeweiligen Räten Initiativen mit dem Ziel zu starten:

- 768 • den Bestand an Dienstfahrrädern oder Dienstpedelecs bei den
769 Ordnungsbehörden zu eruieren,

- 770 • zu prüfen, inwieweit Aufgaben der kommunalen Ordnungsbehörden in ihrem
771 Gebiet mittels in den Einsatz zu nehmender Diensträder oder -pedelecs
772 zweckdienlich umgesetzt werden können,

- 773 • dass die jeweilige Ordnungsbehörde Diensträder bzw. -pedelecs als Ersatz
774 oder Ergänzung ihres motorisierten Fuhrparks anschafft, wo dies sinnvoll
775 ist.

Begründung

1. Die Ergänzung oder teilweise Ersetzung der motorisierten Dienstfahrzeuge der Ordnungsbehörden um bzw. durch Fahrräder oder Pedelecs stellt eine wirkungsvolle Modernisierung dar. Wenn

Ordnungsamtsmitarbeiter*innen als Radfahrer*innen am Verkehr teilnehmen, werden sie für typische Gefahren sensibilisiert und können schwerpunktmäßig Akzente setzen. Dies führt zu einer zur Steigerung der Verkehrssicherheit für nicht-motorisierte Verkehrsteilnehmer*innen, zum anderen mit Blick auf die hohe Flexibilität und Wendigkeit des Einsatzmittels Fahrrad auch zu zahlreichen anderen Einsatzfeldern, wie etwa zur Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten auf Verkehrswegen, die nicht für den motorisierten Individualverkehr zugelassen sind, wie Parks und Grünflächen.

2. Die Aufgabenwahrnehmung von Ordnungsamtsmitarbeiter*innen finden aktuell überwiegend unter Verwendung von Pkw statt. Die Beamt*innen nehmen daher vor allem als Kfz-Führer*innen am Straßenverkehr teil. Dies behindert unter Umständen die adäquate Wahrnehmung von Gefahren für den Rad- und sonstigen nicht-motorisierten Individualverkehr. Diese nicht-motorisierten Verkehrsteilnehmer*innen stellen jedoch einen besonders vulnerablen Teil des Verkehrsgeschehens dar. Die hohe Verletzungsquote bei Verkehrsunfällen, das Unsicherheitsgefühl und die niedrigen Ahndungszahlen bei Verkehrsordnungswidrigkeiten machen hier andere Vorgehensweisen im Bereich der Gefahrenabwehr nötig.
3. Der Beschluss erfolgt in Ergänzung unserer Forderung aus dem Landtagswahlprogramm zum Einsatz von Fahrradstaffeln bei der Polizei, und soll sicherstellen, dass in allen Bereichen staatlicher Aufgabenwahrnehmung für die Belange des nicht-motorisierten Individualverkehrs sensibilisiert wird.
4. Die Umrüstung und Erweiterung des Profils von Ordnungsämtern soll daneben die Verkehrswende vorantreiben und unnötige Wege mittels Kfz verhindern.

A7

Antrag

Initiator*innen: Dorothea Frederking (KV Altmark),), Christoph Germeier (KV Harz), Jürgen Hartmann (KV Magdeburg), Nils Rosenthal (KV Jerichower Land)

Titel: **Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft nicht über Bord werfen - Ernährung für alle Menschen sichern**

Antragstext

404 Mit dem Krieg in der Ukraine ist unsägliches Leid für die Ukrainer*innen
405 verbunden. Zusätzlich verursacht der Krieg eine weltweit knapper werdende
406 Getreideversorgung, mit der Hungersnöte gerade bei den Ärmsten der Armen drohen,
407 die im hohen Maße von Getreideimporten aus der Ukraine und aus Russland abhängig
408 sind.

409 Für den Landesverband von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Versorgung mit
410 Lebensmitteln oberste Priorität. Die Ernährung muss für alle Menschen gesichert
411 werden. Dazu bedarf es kurz- und langfristiger Lösungen.

412 Die aktuellen Lebensmittellieferungen in die Ukraine, sei es durch
413 zivilgesellschaftliches Engagement, durch den Einsatz des
414 Lebensmitteleinzelhandels oder durch staatliche Organisationen, helfen den
415 Menschen und verdienen hohe Anerkennung.

416 Das World-Food-Programm muss finanziell aufgestockt werden, damit die hohen
417 Preise für Getreide gezahlt werden können.

418 Und nach einer seriösen Bestandsaufnahme muss die Weltgemeinschaft eine
419 solidarische und koordinierte Antwort darauf geben, wo das Getreide herkommen
420 soll, das jetzt nicht mehr zur Verfügung steht.

421 Als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beteiligen wir uns lösungsorientiert und stellen

422 unsere Überlegungen ohne Scheuklappen an – z.B. hinsichtlich der
423 Stilllegungsflächen.

424 Die jetzigen Warenströme und Exportstrategien gehören auf den Prüfstand und
425 müssen verändert werden, sodass es nicht mehr zu einseitigen Abhängigkeiten von
426 Lebens-, Futter- und Düngemitteln kommt und die Staaten durch eine regional
427 angepasste und nachhaltige Landwirtschaft ernährungssouveräner werden.
428 Wenn allein in Deutschland 70% des Getreides in den Trog von Tieren gehen, in
429 der EU 12% in den Tank und weltweit 30% der Lebensmittel verschwendet werden,
430 dann gibt es ein großes Veränderungspotenzial, um alle Menschen satt zu machen.

431 Die Stellschrauben: Umbau in der Tierhaltung mit weniger Tieren, Reduzierung von
432 Biosprit und Eindämmung der Lebensmittelverschwendung müssen gedreht werden, um
433 für alle Menschen ihr Recht auf Nahrung durchzusetzen.

434 In der aktuell sehr schwierigen Situation, in der es weiterhin die
435 Klimakatastrophe und das Artensterben mit ihren negativen Auswirkungen auf die
436 Ernten gibt, können Forderungen nach einer Intensivierung der Landwirtschaft
437 nicht die Lösung sein.

438 Die Widersprüchlichkeit dieser Position der Agrarlobby zeigt sich besonders gut
439 am Beispiel des mineralischen Stickstoffdüngers, der einen sehr hohen
440 Erdgasbedarf hat.

441 Der Landesdelegiertenrat (LDR) lehnt alle Bestrebungen ab, die ökologischen
442 Maßnahmen in der Landwirtschaft hinten an zu stellen. Wer Klimakatastrophe und
443 Artensterben nicht als Herausforderungen begreift und stattdessen von
444 Luxusdebatte spricht, hat nicht verstanden, dass alle Krisen mehr denn je gelöst
445 werden müssen.

446 Der LDR sieht in einer ressourcen- und klimaschonenden Landwirtschaft die
447 Lösung.

448 Agrarökologische Maßnahmen schaffen stabile Ökosysteme, die die Landwirtschaft
449 widerstandsfähiger und ertragsstärker machen.

450 Gute Bestäubungsleistungen, eine bessere Wasserverfügbarkeit, fruchtbare Böden
451 und eine Düngung mit Eiweißpflanzen schaffen die Voraussetzungen für eine
452 dauerhafte Landwirtschaft – auch in Sachsen-Anhalt.

453 Wir setzen auf die Leistungsfähigkeit der natürlichen Ressourcen.

454 Das sichert die Ernten von morgen für eine gesunde Ernährung.

455 **Begründung:**

456 Die gegenwärtige landwirtschaftliche Produktion in Deutschland ist nicht primär

457 auf die menschliche Ernährung ausgerichtet. Zwei Drittel des in Europa
458 produzierten Getreides landen in den Futtertrögen der industriellen Tierhaltung,
459 ein Fünftel des deutschen Ackerlandes dient der Produktion von Biogas und
460 Biosprit. Dazu kommen Produkte, die eher zu Ernährungsproblemen als zu gesunder
461 Ernährung führen, wie z.B. Zucker. Darüber hinaus führen nicht nur der
462 einseitige Fleischkonsum, sondern auch der einseitige Verzehr von
463 Weizenprodukten zu vielfältigen Gesundheitsproblemen. Eine vielfältige Ernährung
464 aus heimischer Produktion würde einen vielfältigen Anbau erfordern. Dies steht
465 im Gegensatz zum wirtschaftlichen Druck nach Vereinfachung und Spezialisierung.
466 Daher fokussiert eine einseitig gewinnorientierte Landwirtschaft auf wenige
467 Produkte, die von der Industrie in großen Mengen abgenommen werden, während die
468 Vielfalt der für eine gesunde Ernährung erforderlichen Produkte aus Ländern mit
469 anderer Agrarstruktur und billigeren Arbeitskräften importiert wird. Der
470 ökologische Landbau ist dagegen aufgrund seines größeren Anteils an Direkt- und
471 Regionalvermarktung und der höheren Preise bereits heute wesentlich stärker auf
472 die Erzeugung menschlicher Nahrung ausgerichtet.

473 Eiweißpflanzen (Leguminosen) gehen mit Bodenbakterien eine Symbiose ein, die es
474 ihnen ermöglicht, den Stickstoff aus der Luft in den organischen Kreislauf zu
475 bringen, also auch zugunsten nachfolgender Kulturpflanzen. Dabei ist die
476 Stickstofffixierung der Leguminosen durch den im Boden vorhandenen Stickstoff
477 gesteuert, sodass ein Überangebot durch Stickstofffixierung ausgeschlossen ist.
478 Mehrjährige Leguminosen wie Klee und Luzerne können nur über Wiederkäuer
479 (Rinder, Schafe, Ziege) nutzbar gemacht werden. Deren Mist ist eine weitere
480 wichtige regulierende Komponente im Stickstoffkreislauf des landwirtschaftlichen
481 Betriebs. Daher sind Leguminosenanbau und eine flächengebundene integrierte
482 Tierhaltung wichtige Säulen landwirtschaftlicher Betriebskreisläufe.

483 Mehrschichtige Produktion und Mischkulturen führen zu einer besseren Ausnutzung
484 der Ökosystemfaktoren. Insbesondere Bäume und Sträucher schützen vor Wind,
485 intensiver Sonneneinstrahlung und Austrocknung und verbessern so das Mikroklima.
486 Auch stellen sie Barrieren gegen die epidemische Ausbreitung von Krankheiten und
487 Schädlingen dar. Wenn auf mehreren Ebenen produziert wird, wie im Streuobstanbau
488 mit Weidehaltung, Gemüse- oder Ackerbau zwischen den Obstbaumreihen, wird die
489 Produktion insgesamt höher und vielfältiger. Die Agrosysteme werden diverser und
490 blütenreicher und fördern wichtige Ökosystemleistungen, wie etwa Bestäuber, die
491 ihrerseits wieder die Erträge verbessern.

492 Nahrungsmittlexporte und auch manchmal Nahrungsmittelhilfen setzen vielfältige
493 negative Entwicklungen in den damit bedachten Ländern in Gang. Die von uns hoch
494 subventionierten Exportprodukte ruinieren die Preise für die dortige
495 Landwirtschaft. Dies treibt die auf dem Land lebenden Menschen zur Aufgabe ihrer
496 landwirtschaftlichen Tätigkeit und zur Abwanderung in die Städte, wo sie dann

497 umso mehr von Nahrungsmittelhilfe abhängig sind. Insgesamt verschlechtert sich
498 die Ernährungssituation stetig. Unsere Entwicklungszusammenarbeit muss dafür
499 sorgen, dass solche Entwicklungen vermieden werden, und die Ernährung aus
500 eigener landwirtschaftlicher Erzeugung gesichert wird.

Antrag

Initiator*innen: Landesdelegiertenrat (beschlossen am: 19.03.2022)

Titel: **Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft nicht über Bord werfen - Ernährung für alle Menschen sichern**

Antragstext

862 Mit dem Krieg in der Ukraine ist unsägliches Leid für die Ukrainer*innen
863 verbunden. Zusätzlich verursacht der Krieg eine weltweit knapper werdende
864 Getreideversorgung, mit der Hungersnöte gerade bei den Ärmsten der Armen drohen,
865 die im hohen Maße von Getreideimporten aus der Ukraine und aus Russland abhängig
866 sind.

867 Für den Landesverband von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Versorgung mit
868 Lebensmitteln oberste Priorität. Die Ernährung muss für alle Menschen gesichert
869 werden. Dazu bedarf es kurz- und langfristiger Lösungen.

870 Die aktuellen Lebensmittellieferungen in die Ukraine, sei es durch
871 zivilgesellschaftliches Engagement, durch den Einsatz des
872 Lebensmitteleinzelhandels oder durch staatliche Organisationen, helfen den
873 Menschen und verdienen hohe Anerkennung.

874 Das World-Food-Programm muss finanziell aufgestockt werden, damit die hohen
875 Preise für Getreide gezahlt werden können.

876 Und nach einer seriösen Bestandsaufnahme muss die Weltgemeinschaft eine
877 solidarische und koordinierte Antwort darauf geben, wo das Getreide herkommen
878 soll, das jetzt nicht mehr zur Verfügung steht.

879 Als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beteiligen wir uns lösungsorientiert und stellen
880 unsere Überlegungen ohne Scheuklappen an – z.B. hinsichtlich der
881 Stilllegungsflächen.

882 Die jetzigen Warenströme und Exportstrategien gehören auf den Prüfstand und
883 müssen verändert werden, sodass es nicht mehr zu einseitigen Abhängigkeiten von
884 Lebens-, Futter- und Düngemitteln kommt und die Staaten durch eine regional
885 angepasste und nachhaltige Landwirtschaft ernährungssouveräner werden.
886 Wenn allein in Deutschland 70% des Getreides in den Trog von Tieren gehen, in
887 der EU 12% in den Tank und weltweit 30% der Lebensmittel verschwendet werden,
888 dann gibt es ein großes Veränderungspotenzial, um alle Menschen satt zu machen.

889 Die Stellschrauben: Umbau in der Tierhaltung mit weniger Tieren, Reduzierung von
890 Biosprit und Eindämmung der Lebensmittelverschwendung müssen gedreht werden, um
891 für alle Menschen ihr Recht auf Nahrung durchzusetzen.

892 In der aktuell sehr schwierigen Situation, in der es weiterhin die
893 Klimakatastrophe und das Artensterben mit ihren negativen Auswirkungen auf die
894 Ernten gibt, können Forderungen nach einer Intensivierung der Landwirtschaft
895 nicht die Lösung sein.

896 Die Widersprüchlichkeit dieser Position der Agrarlobby zeigt sich besonders gut
897 am Beispiel des mineralischen Stickstoffdüngers, der einen sehr hohen
898 Erdgasbedarf hat.

899 Der Landesdelegiertenrat (LDR) lehnt alle Bestrebungen ab, die ökologischen
900 Maßnahmen in der Landwirtschaft hinten an zu stellen. Wer Klimakatastrophe und
901 Artensterben nicht als Herausforderungen begreift und stattdessen von
902 Luxusdebatte spricht, hat nicht verstanden, dass alle Krisen mehr denn je gelöst
903 werden müssen.

904 Der LDR sieht in einer ressourcen- und klimaschonenden Landwirtschaft die
905 Lösung.

906 Agrarökologische Maßnahmen schaffen stabile Ökosysteme, die die Landwirtschaft
907 widerstandsfähiger und ertragsstärker machen.

908 Gute Bestäubungsleistungen, eine bessere Wasserverfügbarkeit, fruchtbare Böden
909 und eine Düngung mit Eiweißpflanzen schaffen die Voraussetzungen für eine
910 dauerhafte Landwirtschaft – auch in Sachsen-Anhalt.

911 Wir setzen auf die Leistungsfähigkeit der natürlichen Ressourcen.

912 Das sichert die Ernten von morgen für eine gesunde Ernährung.

913 **Begründung:**

914 Die gegenwärtige landwirtschaftliche Produktion in Deutschland ist nicht primär
915 auf die menschliche Ernährung ausgerichtet. Zwei Drittel des in Europa
916 produzierten Getreides landen in den Futtertrögen der industriellen Tierhaltung,
917 ein Fünftel des deutschen Ackerlandes dient der Produktion von Biogas und

918 Biosprit. Dazu kommen Produkte, die eher zu Ernährungsproblemen als zu gesunder
919 Ernährung führen, wie z.B. Zucker. Darüber hinaus führen nicht nur der
920 einseitige Fleischkonsum, sondern auch der einseitige Verzehr von
921 Weizenprodukten zu vielfältigen Gesundheitsproblemen. Eine vielfältige Ernährung
922 aus heimischer Produktion würde einen vielfältigen Anbau erfordern. Dies steht
923 im Gegensatz zum wirtschaftlichen Druck nach Vereinfachung und Spezialisierung.
924 Daher fokussiert eine einseitig gewinnorientierte Landwirtschaft auf wenige
925 Produkte, die von der Industrie in großen Mengen abgenommen werden, während die
926 Vielfalt der für eine gesunde Ernährung erforderlichen Produkte aus Ländern mit
927 anderer Agrarstruktur und billigeren Arbeitskräften importiert wird. Der
928 ökologische Landbau ist dagegen aufgrund seines größeren Anteils an Direkt- und
929 Regionalvermarktung und der höheren Preise bereits heute wesentlich stärker auf
930 die Erzeugung menschlicher Nahrung ausgerichtet.

931 Eiweißpflanzen (Leguminosen) gehen mit Bodenbakterien eine Symbiose ein, die es
932 ihnen ermöglicht, den Stickstoff aus der Luft in den organischen Kreislauf zu
933 bringen, also auch zugunsten nachfolgender Kulturpflanzen. Dabei ist die
934 Stickstofffixierung der Leguminosen durch den im Boden vorhandenen Stickstoff
935 gesteuert, sodass ein Überangebot durch Stickstofffixierung ausgeschlossen ist.
936 Mehrjährige Leguminosen wie Klee und Luzerne können nur über Wiederkäuer
937 (Rinder, Schafe, Ziege) nutzbar gemacht werden. Deren Mist ist eine weitere
938 wichtige regulierende Komponente im Stickstoffkreislauf des landwirtschaftlichen
939 Betriebs. Daher sind Leguminosenanbau und eine flächengebundene integrierte
940 Tierhaltung wichtige Säulen landwirtschaftlicher Betriebskreisläufe.

941 Mehrschichtige Produktion und Mischkulturen führen zu einer besseren Ausnutzung
942 der Ökosystemfaktoren. Insbesondere Bäume und Sträucher schützen vor Wind,
943 intensiver Sonneneinstrahlung und Austrocknung und verbessern so das Mikroklima.
944 Auch stellen sie Barrieren gegen die epidemische Ausbreitung von Krankheiten und
945 Schädlingen dar. Wenn auf mehreren Ebenen produziert wird, wie im Streuobstanbau
946 mit Weidehaltung, Gemüse- oder Ackerbau zwischen den Obstbaumreihen, wird die
947 Produktion insgesamt höher und vielfältiger. Die Agrosysteme werden diverser und
948 blütenreicher und fördern wichtige Ökosystemleistungen, wie etwa Bestäuber, die
949 ihrerseits wieder die Erträge verbessern.

950 Nahrungsmittelexporte und auch manchmal Nahrungsmittelhilfen setzen vielfältige
951 negative Entwicklungen in den damit bedachten Ländern in Gang. Die von uns hoch
952 subventionierten Exportprodukte ruinieren die Preise für die dortige
953 Landwirtschaft. Dies treibt die auf dem Land lebenden Menschen zur Aufgabe ihrer
954 landwirtschaftlichen Tätigkeit und zur Abwanderung in die Städte, wo sie dann
955 umso mehr von Nahrungsmittelhilfe abhängig sind. Insgesamt verschlechtert sich
956 die Ernährungssituation stetig. Unsere Entwicklungszusammenarbeit muss dafür
957 sorgen, dass solche Entwicklungen vermieden werden, und die Ernährung aus

958 eigener landwirtschaftlicher Erzeugung gesichert wird.

Antrag

Initiator*innen: Landesdelegiertenrat (beschlossen am: 19.03.2022)

Titel: **Krieg gegen die Ukraine - Solidarität,
Zusammenhalt und Menschlichkeit in Sachsen-
Anhalt**

Antragstext

501 Der andauernde und völkerrechtswidrige russische Angriffskrieg gegen die Ukraine
502 erschüttert uns und fordert uns zum Handeln auf.

503 Der von Putin geführte Angriffskrieg aus Russland heraus gegen die Ukraine als
504 souveränem Staat und gegen die ukrainische Zivilbevölkerung ist ein Angriff auf
505 Demokratie, Freiheit und Selbstbestimmung in Europa. Der von Putin geführte
506 Angriffskrieg aus Russland heraus gefährdet die internationale Sicherheit und
507 die europäische Friedensordnung.

508 Die durch das UN-Hochkommissariat für Menschenrechte dokumentierten Angriffe auf
509 zivile Ziele mit hunderten Opfern in der ukrainischen Bevölkerung sind
510 barbarisch und abstoßend. Sie verstoßen gegen das humanitäre Völkerrecht und
511 verletzen internationale Verträge. Bereits nach den heute vorliegenden
512 Informationen haben wir es mit umfassenden Kriegsverbrechen zu tun, die geahndet
513 werden müssen.

514 Als Bündnisgrüne und Europäer*innen fühlen wir uns tief mit den Menschen in der
515 Ukraine verbunden und verurteilen diesen Krieg gegen die Souveränität der
516 Ukraine und seiner Bevölkerung zutiefst. Wir unterstützen alle solidarischen
517 Unterstützungsangebote der Weltgemeinschaft und betonen das Recht der Ukraine
518 auf Selbstverteidigung. Im Rahmen dieser Selbstverteidigung notwendige
519 Ressourcen stellen wir der Ukraine nach allen Möglichkeiten zur Verfügung. Die
520 Ukraine darf nicht aufgegeben werden! Wir stehen an der Seite der Ukraine, ihrer
521

Menschen und ihrer demokratisch gewählten Regierung.

522 **Sachsen-Anhalt zu einem sicheren Hafen für Geflüchtete machen**

523 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen-Anhalt erklären sich solidarisch mit den Opfern
524 dieses Krieges, vor allem mit der ukrainischen Zivilbevölkerung, die leidet,
525 Widerstand leistet, aber auch zu Millionen das Land verlassen muss. Wir
526 unterstützen diejenigen, die sich im Land dem Angriff entgegenstellen. Und wir
527 sind solidarisch mit den Journalist*innen, die in der Ukraine und in Russland
528 derzeit ihr Leben, ihre Gesundheit und ihre Lebensgrundlage gefährden.

529 Wir spüren eine hohe Solidarität in der sachsen-anhaltischen Bevölkerung bei der
530 Aufnahme und Betreuung von Vertriebenen vor Ort. In der Bewältigung der größten
531 Fluchtbewegung innerhalb Europas nach dem zweiten Weltkrieg müssen staatliche
532 Strukturen dringend ausgebaut werden, die Binnenverteilung der Menschen effektiv
533 organisiert und die Kommunen bei der Bewältigung der Aufgaben personell wie auch
534 finanziell unterstützt werden. Die Landesregierung muss ein besonderes Augenmerk
535 auf die Verzahnung der Hilfsstrukturen zwischen Land, Kommunen,
536 Hilfsorganisationen und dezentral organisiertem zivilgesellschaftlichen
537 Engagement legen. Ein Krisenstab muss diese Vernetzung dauerhaft organisieren.

538 Wir unterstützen die schnellstmögliche dezentrale Unterbringung und den Start in
539 einen möglichst normalen Lebensalltag, besonders für Kinder und Jugendliche in
540 Betreuungs- und Lernorten. Die Situation besonders vulnerabler oder
541 marginalisierter Gruppen benötigt zudem ein besonderes Augenmerk. Gerade
542 Menschen, die strukturell benachteiligt werden, müssen in diesem Konflikt
543 besonders geschützt werden. Sachsen-Anhalt kann und wird ein sicherer Hafen für
544 alle Schutzsuchenden sein!

545 Unsere Kommunen brauchen deshalb zeitnah Unterstützung bei der Koordination,
546 Klarheit bei der Finanzierung, und verlässliche Strukturen und Arbeitshilfen für
547 die Schaffung von sicheren und würdevollen Unterkünften für Geflüchtete aus
548 allen Ländern.

549 **Energieunabhängigkeit beginnt vor der Haustür**

550 Eine gelingende und schnelle Energiewende ist nicht nur für das Klima, sondern
551 auch für die Unabhängigkeit unserer Energieversorgung unabdingbar. Dies erfahren
552 wir gerade in dieser Kriegssituation. Die in Sachsen-Anhalt besonders stark
553 ausgeprägte Abhängigkeit von fossilen Energieträgern, insbesondere auch von
554 russischem Gas, Erdöl und Kohle, muss schnell beendet werden. Dafür muss
555 Sachsen-Anhalt den Ausbau der Erneuerbaren Energien stark beschleunigen. Wir

556 fordern daher die Landesregierung auf, unverzüglich mit der Umsetzung der
557 drängendsten Maßnahmen zu beginnen. Hierzu zählen u.a. ein offensives
558 Förderprogramm Photovoltaik und die Umsetzung der in Aussicht gestellten
559 beschleunigten Planungsverfahren, deutliche Aufstockung des
560 Landesförderprogramms für Batteriespeicher, stärkere Unterstützung für regionale
561 Projekte für grünen Wasserstoff und Photovoltaik auf allen geeigneten
562 öffentlichen Liegenschaften. Auch der weitere Ausbau von Windenergieanlagen, ist
563 ein elementarer Schritt zur Unabhängigkeit von russischen Energielieferungen.
564 Das Ziel, 2 Prozent der Landesfläche für Windenergie zur Verfügung zu stellen,
565 muss beschleunigt erreicht werden.

566 Parallel muss die Landesregierung auch die Kappung aller Finanzflüsse nach
567 Russland vorantreiben, die im Rahmen der Sanktionsliste umsetzbar ist. Auch die
568 Entflechtung der Gazprom-Erdgasspeicher der Verbundnetz Gas AG (VNG) mit dem
569 Ziel, die Kontrolle durch Gazprom zu beenden, muss dringend angegangen werden.
570 Wir fordern die Landesregierung zudem auf, alle vorhandenen Möglichkeiten zu
571 nutzen, von den Sanktionen umfasste Vermögenswerte in Sachsen-Anhalt
572 unverzüglich zu identifizieren, festzusetzen und dauerhaft sicherzustellen.

573 Als Teil der Grünen Bundesregierung unterstützen wir die Maßnahmen der
574 Bundesregierung mit Augenmaß und Herz. Gerade das Zusammenwirken mit unseren
575 europäischen und transatlantischen Partner*innen und Freund*innen ist dabei
576 wichtig. Als Friedenspartei stellen wir fest: Wir unterstützen die Ukraine in
577 ihrem Recht auf Selbstverteidigung und wir schützen die Opfer dieses Krieges.

578 Der Mut und das zivilgesellschaftliche Engagement unserer ukrainischen
579 Nachbar*innen sind Vorbild für ganz Europa und die Weltgemeinschaft. Eine Welt,
580 in der die Stärke des Rechts und nicht das Recht des Stärkeren gilt. Diesen
581 Geist und diesen Fortschritt werden Wladimir Putin und sein Regime niemals
582 besiegen. Unsere freiheitlichen Werte werden auch durch die Ukraine verteidigt.

Antrag

Initiator*innen: Landesvorstand (beschlossen am 18.03.2022), Sebastian Striegel (KV Saalekreis), Cornelia Lüddemann (KV Dessau-Roßlau), Peter Rodenkirchen (SV Halle (Saale)), Miriam Matz (KV Altmark)

Titel: **Krieg gegen die Ukraine - Solidarität, Zusammenhalt und Menschlichkeit in Sachsen-Anhalt**

Antragstext

501 Der andauernde und völkerrechtswidrige russische Angriffskrieg gegen die Ukraine
502 erschüttert uns und fordert uns zum Handeln auf.

503 Der von Putin geführte Angriffskrieg aus Russland heraus gegen die Ukraine als
504 souveränem Staat und gegen die ukrainische Zivilbevölkerung ist ein Angriff auf
505 Demokratie, Freiheit und Selbstbestimmung in Europa. Putin geführte
506 Angriffskrieg aus Russland heraus gefährdet die internationale Sicherheit und
507 die europäische Friedensordnung.

508 Die durch das UN-Hochkommissariat für Menschenrechte dokumentierten Angriffe auf
509 zivile Ziele mit hunderten Opfern in der ukrainischen Bevölkerung sind
510 barbarisch und abstoßend. Sie verstoßen gegen das humanitäre Völkerrecht und
511 verletzen internationale Verträge. Bereits nach den heute vorliegenden
512 Informationen haben wir es mit umfassenden Kriegsverbrechen zu tun, die geahndet
513 werden müssen.

514 Als Bündnisgrüne und Europäer*innen fühlen wir uns tief mit den Menschen in der
515 Ukraine verbunden und verurteilen diesen Krieg gegen die Souveränität der
516 Ukraine und seiner Bevölkerung zutiefst. Wir unterstützen alle solidarischen
517 Unterstützungsangebote der Weltgemeinschaft und betonen das Recht der Ukraine

518 auf Selbstverteidigung. Im Rahmen dieser Selbstverteidigung notwendige
519 Ressourcen stellen wir der Ukraine nach allen Möglichkeiten zur Verfügung. Die
520 Ukraine darf nicht aufgegeben werden! Wir stehen an der Seite der Ukraine, ihrer
521 Menschen und ihrer demokratisch gewählten Regierung.

522 **Sachsen-Anhalt zu einem sicheren Hafen für Geflüchtete machen**

523 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen-Anhalt erklären sich solidarisch mit den Opfern
524 dieses Krieges, vor allem mit der ukrainischen Zivilbevölkerung, die leidet,
525 Widerstand leistet, aber auch zu Millionen das Land verlassen muss. Wir
526 unterstützen diejenigen, die sich im Land dem Angriff entgegenstellen. Und wir
527 sind solidarisch mit den Journalist*innen, die in der Ukraine und in Russland
528 derzeit ihr Leben, ihre Gesundheit und ihre Lebensgrundlage gefährden.

529 Wir spüren eine hohe Solidarität in der sachsen-anhaltischen Bevölkerung bei der
530 Aufnahme und Betreuung von Vertriebenen vor Ort. In der Bewältigung der größten
531 Fluchtbewegung innerhalb Europas nach dem zweiten Weltkrieg müssen staatliche
532 Strukturen dringend ausgebaut werden, die Binnenverteilung der Menschen effektiv
533 organisiert und die Kommunen bei der Bewältigung der Aufgaben personell wie auch
534 finanziell unterstützt werden. Die Landesregierung muss ein besonderes Augenmerk
535 auf die Verzahnung der Hilfsstrukturen zwischen Land, Kommunen,
536 Hilfsorganisationen und dezentral organisiertem zivilgesellschaftlichen
537 Engagement legen. Ein Krisenstab muss diese Vernetzung dauerhaft organisieren.

538 Wir unterstützen die schnellstmögliche dezentrale Unterbringung und den Start in
539 einen möglichst normalen Lebensalltag, besonders für Kinder und Jugendliche in
540 Betreuungs- und Lernorten. Die Situation besonders vulnerabler oder
541 marginalisierter Gruppen benötigt zudem ein besonderes Augenmerk. Gerade
542 Menschen, die strukturell benachteiligt werden, müssen in diesem Konflikt
543 besonders geschützt werden. Sachsen-Anhalt kann und wird ein sicherer Hafen für
544 alle Schutzsuchenden sein!

545 Unsere Kommunen brauchen deshalb zeitnah Unterstützung bei der Koordination,
546 Klarheit bei der Finanzierung, und verlässliche Strukturen und Arbeitshilfen für
547 die Schaffung von sicheren und würdevollen Unterkünften für Geflüchtete aus
548 allen Ländern.

549 **Energieunabhängigkeit beginnt vor der Haustür**

550 Eine gelingende und schnelle Energiewende ist nicht nur für das Klima, sondern
551 auch für die Unabhängigkeit unserer Energieversorgung unabdingbar. Dies erfahren
552 wir gerade in dieser Kriegssituation. Die in Sachsen-Anhalt besonders stark

553 ausgeprägte Abhängigkeit von fossilen Energieträgern, insbesondere auch von
554 russischem Gas, Erdöl und Kohle, muss schnell beendet werden. Dafür muss
555 Sachsen-Anhalt den Ausbau der Erneuerbaren Energien stark beschleunigen. Wir
556 fordern daher die Landesregierung auf, unverzüglich mit der Umsetzung der
557 drängendsten Maßnahmen zu beginnen. Hierzu zählen u.a. ein offensives
558 Förderprogramm Photovoltaik und die Umsetzung der in Aussicht gestellten
559 beschleunigten Planungsverfahren, deutliche Aufstockung des
560 Landesförderprogramms für Batteriespeicher, stärkere Unterstützung für regionale
561 Projekte für grünen Wasserstoff und Photovoltaik auf allen geeigneten
562 öffentlichen Liegenschaften. Auch der weitere Ausbau von Windenergieanlagen, ist
563 ein elementarer Schritt zur Unabhängigkeit von russischen Energielieferungen.
564 Das Ziel, 2 Prozent der Landesfläche für Windenergie zur Verfügung zu stellen,
565 muss beschleunigt erreicht werden.

566 Parallel muss die Landesregierung auch die Kappung aller Finanzflüsse nach
567 Russland vorantreiben, die im Rahmen der Sanktionsliste umsetzbar ist. Auch die
568 Entflechtung der Gazprom-Erdgasspeicher der Verbundnetz Gas AG (VNG) mit dem
569 Ziel, die Kontrolle durch Gazprom zu beenden, muss dringend angegangen werden.
570 Wir fordern die Landesregierung zudem auf, alle vorhandenen Möglichkeiten zu
571 nutzen, von den Sanktionen umfasste Vermögenswerte in Sachsen-Anhalt
572 unverzüglich zu identifizieren, festzusetzen und dauerhaft sicherzustellen.

573 Als Teil der Grünen Bundesregierung unterstützen wir die Maßnahmen der
574 Bundesregierung mit Augenmaß und Herz. Gerade das Zusammenwirken mit unseren
575 europäischen und transatlantischen Partner*innen und Freund*innen ist dabei
576 wichtig. Als Friedenspartei stellen wir fest: Wir unterstützen die Ukraine in
577 ihrem Recht auf Selbstverteidigung und wir schützen die Opfer dieses Krieges.

578 Der Mut und das zivilgesellschaftliche Engagement unserer ukrainischen
579 Nachbar*innen sind Vorbild für ganz Europa und die Weltgemeinschaft. Eine Welt,
580 in der die Stärke des Rechts und nicht das Recht des Stärkeren gilt. Diesen
581 Geist und diesen Fortschritt werden Wladimir Putin und sein Regime niemals
582 besiegen. Unsere freiheitlichen Werte werden auch durch die Ukraine verteidigt.

Antrag

Initiator*innen: LFG Europa und LFG Frieden & Internationales (beschlossen am: 14.03.2022)

Titel: **Fusion der LFG Europa und der LFG Frieden & Internationales zur LFG Europa, Frieden & Internationales**

Antragstext

501 Der Landesdelegiertenrat möge beschließen:

502 Die LFG Europa und die LFG Frieden & Internationales fusionieren zur LFG Europa,
503 Frieden & Internationales.

Begründung

Die genannten LFGen sprechen aufgrund der inhaltlichen Nähe und Überschneidungen ähnliche, meist sogar die gleichen Interessierten an. Die LFGen erhoffen sich durch die Fusion eine Bündelung von Ressourcen. Auch der Austausch mit den entsprechenden LFGen anderer Landesverbände wird erleichtert, da auch diese meist als LAGen Frieden, Europa & Internationales agieren.

Inhaltlich befasst sich die LFG Frieden, Europa & Internationales mit Themen deutscher und europäischer Außenpolitik, Angelegenheiten der Europäischen Union, Globalisierung, Entwicklungszusammenarbeit sowie Migration und Flucht.

Unterstützer*innen

John Liebau (KV Wittenberg)

S1NEU

Antrag

Initiator*innen: Landesvorstand (beschlossen am: 03.03.2022)

Titel: Professionalisierung Kreisvorständetreffen

Antragstext

585 Der Landesdelegiertenrat möge beschließen:

586 Das Kreisvorständetreffen tagt grundsätzlich nicht-öffentlich. Über Ausnahmen
587 und die Zulassung von Gästen und Parteimitgliedern entscheidet das
588 Kreisvorständetreffen mit einfacher Mehrheit, wobei die GRÜNE JUGEND Sachsen-
589 Anhalt dabei einen dauerhaften Gaststatus innehat.

590 Auf dem E-Mailverteiler des Kreisvorständetreffens sind nur die Mitglieder des
591 Landesvorstandes, der Landesgeschäftsstelle, der Kreisvorstände und der
592 Landesvorstand der Grünen Jugend zugelassen.

Begründung

Das Kreisvorständetreffen ist ein beratendes Gremium, mit dem Ziel eines gerichteten Austausches zwischen Kreisvorständen, dem Landesvorstand und weiteren Politiker*innen aus Sachsen-Anhalt.

Insbesondere die Regierungsbeteiligung im Bund, mit Steffi Lemke als unserer Bundesministerin, eröffnet die Möglichkeit, dass strittige und politisch-brisante Themen auch im Landesverband Sachsen-Anhalt diskutiert werden können.

Wie in der Vergangenheit erlebt, ist es wichtig diesen Austausch in einem ehrlichen, offenen und geschützten Raum durchführen zu können. Insbesondere das Durchdringen von Informationen in die Öffentlichkeit und Presse muss dabei verhindert werden.

Aus diesem Grund soll der LDR bis zum Satzungsparteitag eine Übergangsregelung schaffen. Das Kreisvorständetreffen soll damit nicht-öffentlich tagen und im Einzelfall über die Zulassung von anderen Parteimitgliedern und Gästen entscheiden.

S2

Antrag

Initiator*innen: Landesvorstand (beschlossen am: 17.03.2022)

Titel: **Für starke Bündnisgrüne von Magdeburg bis
Kiel**

Antragstext

- 510 1. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen-Anhalt erneuert für die Landtagswahl am 08.
511 Mai 2022 in Schleswig-Holstein die besondere Partnerschaft zwischen den
512 beiden Landesverbänden.
- 513 2. Der Landesverband Sachsen-Anhalt wird aktiv mit seinen Mitgliedern und im
514 Rahmen der bereits vorhandenen Kontakte auf Kreisverbandsebene
515 Wahlkampfunterstützung leisten. Dabei sollen neue Partnerschaften zwischen
516 den Kreisverbänden aus Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein geknüpft
517 werden. Zudem werben wir unter den Mitgliedern für eine rege Teilnahme bei
518 der Wahlkampfhilfe vor Ort, z.B. im Rahmen eines Wahlkampfurlaubes.
- 519 3. Die Bündnisgrünen in Schleswig-Holstein haben zur Landtagswahl 2021
520 unseren Landesverband auch durch Spenden stark unterstützt. Daher bittet
521 der Landesverband von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen-Anhalt seine
522 Mitglieder und Kreisverbände, im Rahmen des Möglichen unsere Freund*innen
523 im Norden bei ihrem Wahlkampf ebenso tatkräftig zu unterstützen.

Z1

Antrag

Initiator*innen: Landesvorstand (beschlossen am: 01.03.2022)

Titel: Zusätzlicher Parteitag 2022

Antragstext

510 Der Landesdelegiertenrat beschließt folgenden Termin für einen zusätzlichen
511 Ordentlichen Landesparteitag in 2022:

512 Samstag, 26. November 2022 Ordentlicher Landesparteitag (Satzungsparteitag).